

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1,50 Mark monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfons-Gebühr
Bekannt für die sechsstelligen Zahlen...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonnabend, den 13. Januar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Antwort des Zehnverbandes an Wilson.

Belgische, österreichische Noten. — Rede Lloyd Georges.

Das entschleierte Bild.

Der Wunsch der französischen Sozialisten ist erfüllt: die Entente hat dem Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele bekanntgegeben. Was aber dadurch für die Beschleunigung des Friedens erreicht sein soll, ist nicht zu erkennen.
Die Note der Gegner sagt ganz aufrichtig, warum ein Frieden jetzt noch nicht möglich sein soll. Die Mittelmächte sollen ausgeplündert und beraubt werden...

weil sie ihr Land vor Zerschmelzung bewahren wollen? Werden sie geduldig zusehen, wie die Plüte ihrer Völker den unerfüllbaren Träumen eines raffgierigen Imperialismus geopfert wird? Und in Deutschland? Wird hier sich noch jemand der Erkenntnis entziehen, daß wir wirklich einen Verteidigungskrieg führen...

Die Kriegsziele des Zehnverbandes.

Eroberungen und Kriegsschädigung.
Auf die Note Wilsons vom 19. Dezember v. J., in der die Kriegführenden zur Bekanntgabe ihrer Kriegsziele aufgefordert wurden, haben die verbündeten Gegner nach einer Pariser Sabasmeldung folgende Antwort gegeben:
Die alliierten Regierungen haben die Note, welche ihnen am 19. Dezember 1916 im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde, erhalten. Sie haben sie mit der Sorgfalt geprüft, welche gleichzeitig ihre richtige Empfindung von dem Ernst der Stunde und ihre aufrichtige Freundschaft für das amerikanische Volk gebot. Im allgemeinen legen sie Gewicht darauf, zu erklären, daß sie den hohen Bestimmungen, von denen die amerikanische Note bezeugt ist, den Vollen ihrer Anerkennung darbringen, daß sie sich mit allen ihren Wünschen dem Plane der Schaffung einer Liga der Nationen anschließen, welche Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sichern soll...

Sachlage steht, sowohl bezüglich der Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit sowie betreffs der Bürgschaften für die Zukunft. Präsident Wilson hat durch ihre Erwähnung gewiß nicht beabsichtigt, sich ihr anzuschließen.
Eine historische Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern. Deutschland hat durch die Kriegserklärung und die sofortige Verletzung der belgischen und luxemburgischen Unabhängigkeit, durch die Art, wie es den Kampf geführt hat eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten gezeigt.
Diese sind der Meinung, daß die Note, die den Vereinigten Staaten als Antwort auf die deutsche Note überreicht wurde, die von der amerikanischen Regierung gestellte Frage beantwortet und nach dem eigenen Ausdruck der letzteren eine öffentliche Erklärung bezüglich der Bedingungen, unter denen der Krieg beendet werden könnte, darstellt. Aber Präsident Wilson wünscht noch mehr. Er wünscht, daß die Kriegführenden offen die Ziele bekanntgeben, welche sie sich bei der Fortführung des Krieges setzen. Die Alliierten können auf diese Forderung ohne Schwierigkeiten antworten. Ihre Kriegsziele sind wohl bekannt, sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden.
Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen und in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entziffen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, welche der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat.
Wenn die Alliierten Europa der brutalen Begierde des preussischen Militarismus entreißen wollen, so war es selbstverständlich niemals ihre Absicht — wie man vorgegeben hat — die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Was sie vor allem wollen, ist die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unverletzlichen Treue, welche die Regierung der Vereinigten Staaten stets bezeugt hat. Die Alliierten, einzig in der Verfolgung dieses hohen Zieles, sind jeder einzeln und gemeinsam entschlossen, mit ihrer ganzen Kraft zu handeln und alle Opfer zu bringen, um den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen, von welchem ihrer Ueberzeugung nach nicht bloß ihr eigenes Heil und ihre Wohlfahrt, sondern die Zukunft der Zivilisation selbst abhängt.

Belgien an Amerika.

Paris, 12. Januar. („Globe“.) Die Note der belgischen Regierung, welche Ministerpräsident Briand gestern dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten gleichzeitig mit der Antwort der alliierten Regierungen übergab, lautet:

Paris, 10. Januar 1917. Die Regierung des Königs, welche sich der vom französischen Ministerpräsidenten dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten überreichten Antwort ansehe, legt Wert darauf, den Gefühlen der Menschlichkeit, welche den Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Abwendung der Rolle an die kriegsführenden Mächte bewegen haben, ihre besondere Anerkennung abzugeben, und sie würdigt in hohem Maße die Freundschaft, zu deren wohlwollendem Dolmetsch er sich Belgien gegenüber gemacht hat. Ebenso sehr wie Minister Woodrow Wilson wünscht sie den gegenwärtigen Krieg möglichst bald beendigt zu sehen; aber der Präsident scheint zu glauben, daß die Staatsmänner der beiden entgegengesetzten Lager dieselben Kriegsziele verfolgen. Das Beispiel Belgiens zeigt leider, daß dies nicht der Fall ist. Belgien hat ebenso wie die Entente niemals Eroberungspläne gehabt. Die barbarische Weise, in der die deutsche Regierung das belgische Volk behandelt hat, und noch behandelt, gestattet nicht, anzunehmen, daß Deutschland es sich angelegen sein lassen wird, in Zukunft das Recht der schwachen Völker zu gewährleisten, welches es, seitdem der von ihm entfesselte Krieg Europa heimsucht, unaufrichtig mit Füßen getreten hat.

Andererseits hat die Regierung des Königs mit Vergnügen und Vertrauen die Versicherung abgegeben, daß die Vereinigten Staaten mit Ungeduld darauf warten, um an Maßnahmen mitzuwirken, welche nach dem Frieden ergriffen werden sollen, um die kleinen Nationen gegen Gewalt und Unterdrückung zu schützen. Vor dem Ultimatum hat Belgien nur danach gestrebt, um mit allen seinen Nachbarn in guten Beziehungen zu leben, es betätigte mit einer peinlichen Neutralität jedem gegenüber die Pflichten, die ihm die Neutralität auferlegte. Wie wurde es von Deutschland für das Vertrauen belohnt, welches es ihm bewies? Von einem Tag zum andern ohne triftigen Grund wurde seine Neutralität verletzt und sein Gebiet überfallen. Der deutsche Reichskanzler hat, als er diese Verletzung des Rechtes und der Verträge im Reichstag antwortete, die Ungerechtigkeit einer solchen Handlung anerkannt und versprochen, daß sie wieder gungemacht würde. Die Deutschen haben noch Befehle des belgischen Gebietes das Haager Abkommen nicht beobachtet. Sie haben durch ebenso schwere wie unbillige Besetzungen die Hilfsquellen des Landes zum Verliegen gebracht, gestillt die Industrie zugrunde gerichtet, ganze Städte zerstört und eine beträchtliche Anzahl von Bewohnern getötet oder eingekerkert. Noch jetzt, während sie den Wunsch, die Kriegsgewalt zu beenden, laut erschallen lassen, bemühen sie sich, die Grauel der Besetzung zu vermehren, indem sie belgische Arbeiter zu Tausenden in die Sklaverei wegführen. Wenn es ein Land gibt, das das Recht hat, zu sagen, daß es die Waffen ergriffen hat, um sein Dasein zu verteidigen, so ist es sicherlich Belgien, welches gezwungen war, zu kämpfen oder sich der Schande zu unterwerfen. Belgien hegt den leidenschaftlichen Wunsch, daß den unerhörten Leiden der Bevölkerung ein Ende gemacht werde, aber es könnte nur einen Frieden annehmen, welcher ihm seine

vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert, welcher die Unversehrtheit seines Gebietes und seiner afrikanischen Kolonie verbürgt und ihm gleichzeitig gerechte Wiedergutmachungen und sichere Garantien für die Zukunft verschafft.

Das amerikanische Volk hat seit Beginn des Krieges dem unterdrückten belgischen Volke heiße Sympathie bewiesen, die amerikanische Commission for Relief in Belgium entfaltet in enger Verbindung mit der Regierung des Königs und dem Nationalen Comité eine unermüdete Tätigkeit und eine wunderbare Tätigkeit, um Belgien mit Lebensmitteln zu versorgen, welches die Deutschen hatten Hungers sterben lassen. Die Regierung des Königs ist glücklich, die Gelegenheit zu ergreifen zu können, um der Commission for Relief und den großzügigen Amerikanern, die sich beeilt haben, das Elend der belgischen Bevölkerung zu lindern, ihre tiefe Dankbarkeit auszudrücken.

Schließlich haben die Massenverhaftungen und Verschleppungen belgischer Zivilisten nirgends eine entrüstetere Einspruchs- und Mißbilligungsbewegung hervorgerufen, als in den Vereinigten Staaten. Diese Taten, die der amerikanischen Nation zur hohen Ehre gereichen, flößen der Regierung des Königs die berechtigten Hoffnungen ein, daß bei der endgültigen Regelung dieses langen Krieges die Stimme der Vereinigten Staaten sich erheben und zugunsten der belgischen Nation, des unschuldigen Opfers der deutschen Vagabunden, den Rang und den Platz fordern wird, welchen seine tapferen Vorfahren, die Tapferkeit seiner Soldaten, die Treue, Ehre und die hervorragende Arbeitsfähigkeit ihm unter den zivilisierten Nationen anweisen.

Guildhall-Rede Lloyd Georges.

Sieg um jeden Preis.

London, 11. Januar. Auf einer großen Versammlung in der Guildhall, die heute nachmittag zur Unterstützung der neuen Kriegsanleihe abgehalten wurde, sprachen Bonar Law, Lloyd George und McKenna.

Bonar Law gab bekannt, daß der Zeichnungspreis der neuen Anleihe 5 Proz. bei 5 Proz. Zinsen und vierjähriger Laufzeit sein würde. Die Regierung habe das Recht, die Anleihen nach zwölf Jahren zu pari zurückzukaufen. Die vorhandenen 4 1/2, 5 und 6prozentigen Bonds können zu pari gegen die neue Anleihe umgetauscht werden. Bezüglich der Einkommensteuer unterliegen die fremden Besitzer von Anleihen und die in den Kolonien nicht der britischen Besteuerung. Dem Publikum ist jede Erleichterung gegeben, von den Banken Darlehen zu erhalten, um auf die neue Anleihe zu zeichnen. Bonar Law erklärte, daß dem Publikum niemals bessere Bedingungen in der Vergangenheit angeboten worden seien und niemals in der Zukunft bessere angeboten werden würden. Solange Geld im Lande wäre, würde der Krieg nicht aufhören.

Lloyd George

sagte, man müsse sich eine große Anleihe sichern, nicht nur um den Krieg wirksam zu finanzieren, sondern als Beweis der fortwährenden Entschlossenheit des Landes, den Krieg fortzusetzen.

Der Kaiser hat eine Botschaft an sein Volk geschickt, wonach die Entente sein Friedensangebot zurückgewiesen habe. Er hat dies getan, um denjenigen Gift einzufüllen, die er nicht mit Gewaltsmitteln zwingen kann. Aber wo sind gegenwärtig die deutschen Friedensangebote? Die Alliierten haben danach gefragt, oder die Deutschen haben keinerlei Bedingungen darge-

boten. Was sie dargeboten haben, ist nur eine Fülle, die mit glatten Worten aufgemalt ist. Solche Worte täuschen und einst, aber jetzt hält der Löwe seine Augen offen. Wir haben keinerlei Bedingungen zurückgewiesen, aber wir haben erkannt, daß der Krieg besser ist als ein Friede um den Preis einer preussischen Herrschaft über Europa. Die Alliierten haben in ihrer Antwort an Deutschland klar gesagt, und klarer in ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten (Beifall), daß sie, bevor sie versuchen könnten, den Tempel des Friedens wieder aufzubauen, erkennen müßten, daß seine Grundpfeiler gestürzt seien.

Ich komme soeben von dem Kriegsrat der vier großen alliierten Länder zurück, auf deren Schultern die Lasten dieses schrecklichen Krieges fallen. Ich kann die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, nicht nennen, aber sagen, daß dort weder eine Täuschung über die Größe unserer Aufgabe noch ein Zweifel über ihren Erfolg bestand. Wir blühten allen Schwierigkeiten ins Gesicht, prüften sie und trafen Anordnungen, um mit ihnen fertig zu werden. Wir zeigten das Gefühl, daß, wenn auch der Sieg schwierig, so doch eine Niederlage unmöglich wäre. Es gab kein Zurückweichen, keine Unsicherheit, keine Unklarheit mit bezug auf unser Ziel. Es herrschte der grimmige Entschluß, daß wir um jeden Preis das hohe Ziel erreichen müßten, mit dem wir die Herausforderung der preussischen Militärlaste beantwortet haben, und daß wir die Welt auf ewig vor der Bedrohung durch sie schützen müßten.

Eine Tatsache hat auf dieser Konferenz einen besonders tiefen Eindruck auf mich gemacht: das ist das wachsende Vertrauen, mit dem die alliierten Völker auf Großbritannien blicken und mit dem sie sich auf seine ungeheure Kraft und seine großen Hilfsquellen verlassen. Großbritannien ist für sie ein großer Turm mit tiefen Grundfesten. Es wird mehr und mehr die Hoffnung der Unterdrückten und die Verzweiflung der Unterdrückten. Heute sind seine Armeen fürchtbarer als je zuvor. Es kann von der notwendigen Unterstützung, die die Nation ihren Armeen zuteil werden läßt, abhängen, ob das Meer sich durch die Schwierigkeiten und Gefahren der nächsten paar Monate den Weg zum Siege bahnen wird. Wir müssen das Meer unterstützen, es ist dessen wert. Ich muß Schicksal durch die Luft gegen die feindlichen Schützengänge schießen lassen. Jeder wohlgezielte, richtig geladene und abgeschossene Schuß ist eine fürchtbare Zerstörungsmasse als eine zwölfköpfige Granate. Er bahnt den Weg in die feindlichen Drahtverhänge, damit unsere tapferen Leute sie durchbrechen können. Je mehr wir abschießen, desto sicherer wird der Sieg sein, desto länger wird der Krieg sein. Je mehr wir abschießen, desto geringer werden die Kosten für den Sieg sein, auch für den größten Schatz all des Blutes der wackeren Männer, das noch fließen muß.

Dieser Krieg ist ein Ausrüstungskrieg. Warum haben die Deutschen unsere tapferen Alliierten in Rumänien zurückgedrückt? Nicht, weil sie bessere Kämpfer sind. Der rumänische Bauer hat sich als der tüchtigste Kämpfer der Welt erwiesen, wenn er Ausschichten auf den Sieg hat. Er hat hier niemals eine Aussicht gehabt. Was Rußland anbetrifft, so hat es zweieinhalb Jahre lang mit bloßer Brust gekämpft, mit minderwertigen Geschützen, unzureichenden Gewehren, mangelhaften Munitionsvorräten. Hier zeigt sich einer der begeistertsten Vorgänge aus der Geschichte des Heldentums. Laßt uns helfen, sie auszurüsten, und es wird eine andere Geschichte daraus werden.

Diese Anleihe ist jetzt eine gute Anlage, nach dem Kriege wird sie eine bessere sein. Ich weiß nicht, welche Nation es wird wagen können, uns nach dem Kriege anzuklagen. Sie hatten vergessen, daß wir noch waren wie in alten Tagen, aber es wird ihnen lange Zeit kosten, ehe sie die heutige Lehre vergessen. Ehe der Krieg begann, zeigte sich bei uns manche Unzulänglichkeit in Geschäft und Industrie. Die Kriegsmaschine hat die alten noch älteren Methoden abgelegt und mit den hemmenden Gewohnheiten gebrochen. Ich weiß nicht, wie hoch sich die nationale Schuld am Ende des Krieges belaufen wird, aber ich wage die Prophezeiung, daß jeder Reichtümer sich in einen erblichen Besitz für die realen Reichtümer der Nation verwandeln wird. Die Nation ist entwickelt, diszipliniert und angespannt worden. Wir sind ein freieres Volk geworden. Die preussische Drolung war eine laufende Hypothek, die den Wert unserer nationalen Sicherheit beeinträchtigte. Diese Hypothek wird nun für immer abgeschafft werden. Nach dem Kriege wird die Welt in der Lage sein, ihren Geschäften in Frieden nachzugehen, und die beste Sicherheit für den Frieden wird in Zukunft gefunden werden, wenn die Nationen der Welt sich miteinander vereinigen, um den ersten Friedensabrecher zu strafen. (Diese Anerkennung der amerikanischen Vorschläge für eine Liga zur Erzwingung des Friedens rief lebhaften Beifall hervor.)

Lloyd George schloß mit einer letzten Ermahnung, zur Kriegsanleihe beizutragen.

Oesterreich-Ungarn an die Neutralen.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat an die Neutralen eine Antwort auf die feindliche Ablehnungsnote gerichtet, die in ihrem Hauptinhalt der gestern gemeldeten deutschen Antwort entspricht. Vom besonderen österreichischen Standpunkt aus wird darin noch gesagt:

Was im besonderen das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien betrifft, so hat die Monarchie in den Jahren, welche diesem Schritt vorausgingen, hinlänglich Beweise ihrer Langmut gegenüber den sich stets steigenden feindseligen und aggressiven Absichten und Untrieben Serbiens an den Tag gelegt, bis zu dem Moment, wo schließlich die nutzlose Mordtat von Sarajewo eine weitere Rücksicht unmöglich gemacht hat.

Auch eine Auseinandersetzung über die Frage, auf welcher Seite die militärische Lage stärker sei, erscheint müßig und darf getrost dem Urteile der gesamten Öffentlichkeit überlassen bleiben. Uebrigens enthält eine Vergleichung der Kriegsziele der beiden Gruppen bereits die Entscheidung dieser Frage. Während nämlich Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten den Krieg von Anfang an nicht zum Zwecke von Gebietsveränderungen, sondern als Verteidigungskrieg unternommen haben, ist bei den feindlichen Staaten das Gegenteil der Fall. Sie gehen, um nur einige ihrer Kriegsziele zu nennen, auf die Wiederherstellung und Vergrößerung der österreichisch-ungarischen Monarchie, auf die Eroberung von Ufer-Lothringen sowie auf die Aufteilung der Türkei und die Vernichtung Bulgariens aus. Die vier verbündeten Mächte können daher bereits jetzt ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten, während die Gegner sich von der Verwirklichung ihrer Pläne immer weiter entfernen.

Zum Schluß heißt es statt „gegenseitige Achtung und Gleichberechtigung“ „volle Gleichberechtigung“. Der Gedanke der deutschen Note wird damit noch unterstrichen.

Nach Annahme des Ultimatus gegen Griechenland.

Das Mißtrauen der Entente.

Bern, 12. Januar. (B. L. B.) Anlässlich der Annahme des Ultimatus der Entente durch die Athener Regierung veröffentlicht die ganze französische Presse eine anscheinend offiziöse Note, in der erklärt wird, daß trotz der Annahme das Mißtrauen der Entente gegenüber Griechenland nicht geschwunden sei, da die bisherige Haltung der Athener Regierung den Rückschluß zulasse, daß die Forderungen der Alliierten auch jetzt nicht so durchgeführt würden, wie es der Viererband wünsche. Die Mächte lassen durchblicken, daß die hellenische Regierung nach wie vor versucht werde, Zeit zu gewinnen, um schließlich doch auf die Seite der Mittelmächte zu treten.

Die Entente wünscht offenbar einen Vorwand, um sich auf Griechenland zu stützen, und sie hält diesen Vorwand vermutlich schon bereit, um ihren Plan ohne Verzug ausführen zu können.

Rundgebung in Athen.

Bern, 11. Januar. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: In der Nacht zum Donnerstag durchzog ein Zug die Hauptstraßen und protestierte gegen die Annahme des Ultimatus. Bereits um die Mittagsstunde hatte sich trotz des Polizeiverbot der Zug unter Hochrufen auf den König und Schmähsrufen auf die Note nach dem Sitz des Ministerpräsidenten begeben. Vor dem Ministerium wurden die Demonstranten, etwa 3000 Personen, aufgefordert, den Platz zu verlassen, was ohne Zwischenfall geschah. Die Bevölkerung schied sich angeblich in die verlangte Haftentlassung der Geistlichen und die Wiederherstellung der Kontrolle der Alliierten.

Eine Organisation gegen Schiffsraumnot.

London, 11. Januar. Reuter meldet: Es wurde eine Verordnung erlassen über die Charterung von Schiffen nach oder von britischen Häfen. Ähnliche Bestimmungen sind in Frankreich und Italien erlassen worden. Zweck der Verfügung ist, eine engere Uebereinstimmung in der Verwendung des Schiffsraums zu sichern. In Zukunft wird von der nationalen Behörde jedes Landes die Erlaubnis eingeholt werden müssen, bevor irgendwelcher fremder Schiffsraum gechartert wird.

Der Zweifler der Entente.

Bern, 11. Januar. Senator Humbert erklärt im „Pariser Journal“, er müsse leider feststellen, daß es den Alliierten noch nicht gelungen sei, eine wirksame Einheitlichkeit ihrer Unternehmungen zu erzielen. Die Hoffnungen, welche man seit Monaten an die Konferenz in Paris geknüpft hatte, auf der die Einheitlichkeit der Aktion auf einer Einheitsfront als große Tat verstanden wurde, seien verfrüht gewesen. Man habe sich mit halben Maßnahmen begnügt, da es an Energie und Methode fehle. Wenn die Entente Boden brauche, um auf die deutsche Friedensnote und Wilsons Note zu antworten, wie könne man da auf eine wirklich enge militärische Zusammenarbeit hoffen, welche schnelle Entschlüsse und rasche Ausführungen erfordere.

Humbert befürchtet, daß auch die Konferenz in Rom keine vollständige Lösung bringen werde.

Im Feindeslager herrsche Einheit, Disziplin und Ordnung. Alle Pläne würden dort sofort ausgeführt.

Bei den Alliierten gehe jeder trotz des besten Willens aller seine eigenen Wege. Man versuche wohl die Unternehmungen in Einklang zu bringen, aber es seien nur Ansätze. Disziplin sei notwendig. Konferenzen genügen jedoch nicht, sondern eine ständige Organisation sei notwendig, welche ein schnelles Zusammenarbeiten der Entente-regierungen verbürge. Auch kein großes Kriegsspiel sei für die Entente gelöst, weder das Problem der Effektivbestände, noch das Problem der Material-, der Verproviantierung und der Finanzen. Das betäubende russische Schauspiel dürfe sich nicht erneuern. Die Entente müsse bereit sein, um den fürchtbaren neuen Schlag, zu dem der Feind zweifellos ausholen werde, aufzufangen.

Französisches und deutsches Flugwesen.

Bern, 11. Januar. Im „Matin“ unterzieht ein ungenannter Flieger das französische Flugwesen einer scharfen Kritik. Frankreich besitze eine Anzahl ausgezeichnete Flieger, aber die Organisation sei unzulänglich. In gewissen technischen Abteilungen des Flugdienstes seien Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit an der Tagesordnung. Auf deutscher Seite erstrebe man die Höchstleistung bei geringstem Risiko, in Frankreich spiele man mit dem Feuer; man lache, weil die deutschen Flieger nicht öfter über französisches Gebiet kämen, aber die Deutschen unterließen dies, weil es überflüssig sei. Sobald es jedoch notwendig werde, kämen sie jedesmal; die Deutschen sparten eben. Wie bei den Neutralmächten, sollte das Flugwesen der Alliierten einer einheitlichen Leitung unterstellt werden, dann könne man etwas erreichen.

Die sozialistischen Frauen Hollands für den Frieden.

Nach dem deutschen Friedensangebot und der Friedensnote des Präsidenten Wilson haben die in dem Verband der sozialdemokratischen Frauenklubs Hollands vereinigten Genossinnen an die sozialistischen Frauen in allen kriegsführenden Ländern aus Amsterdam, datiert vom 22. Dezember 1916, folgendes Schreiben gerichtet: „Frauen! Schwestern!

Jetzt, wo das Wort „Friedensunterhandlungen“, von welchen Gründen und Absichten auch immer geleitet, von einer der kriegsführenden Regierungen ausgesprochen worden ist, und der Präsident der Vereinigten Staaten seine Botschaft angeboten hat, stockt unser Herz bei dem Gedanken, daß die Völker dies ergreifen könnten, um dem Frieden näher zu kommen.

Unsere ganze Empathie, unsere wärmsten Gefühle gehen hin zu den sozialistischen Frauen der kriegsführenden Länder, umgeben sie mit dem heißen Wunsch, daß auch ihr Wille, ihre Energie beitragen, mitwirken möge, um den Völkern herzensehre nach Frieden losbrechen zu machen, der alles überstimmen und die Regierungen zum Hören zwingen wird.“

Amnestie für feindliche Kriegsgefangene.

Wien, 12. Januar. (B. L. B.) Aus den Durchführungsbestimmungen zu der jüngst erlassenen militärischen Amnestie ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß zu den Personen, welche dieser Amnestie teilhaftig werden, auch die Kriegsgefangenen der feindlichen Mächte gehören.

Kämpfe nördlich der Ancre.

**Englische Angriffe nördlich der Ancre —
Russenangriffe an der Wilna-Dünaburger Bahn — Gewinne an der Ditzo-
Straße und zwischen Braila und Galatz —
Kampf südlich des Ochrida-Sees.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Januar 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht
Auf unseren Stellungen bei Armentières und Lens sowie beiderseits der Straße Albert-Bapaume lag von uns kräftig erwidertes feindliches Artilleriefeuer.

Nördlich der Ancre griffen die Engländer in den frühen Morgenstunden zweimal vergeblich an. Bei Serre brach ihr Angriff vor unseren Linien zusammen. Nördlich Beaumont wurden sie nach anfänglichen Erfolgen durch kräftig geführten Gegenangriff verlustreich in ihre Ausgangsstellung zurückgeworfen. 50 Gefangene und 2 Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Bei Beaumont sind noch kleinere Infanteriekämpfe im Gange.

Seceresgruppe Kronprinz.

Westlich der Maas, auf der Cote und in den Vogesen lebte der Artillerie- und Minenkampf an einzelnen Stellen zeitweise auf.

Heute früh in die feindlichen Gräben auf den Combredhöhen und südlich Romenay eingedrungene Stoßtrupp führten ohne Verluste mit 16 Franzosen zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Düna und im Seengebiet südlich Dünaburg nahm die Geschützartillerie gestern wesentlich ab.

An der Bahn Wilna-Dünaburg wurden angreifende russische Kompagnien unter großen Verlusten abgewiesen.

Zwei zur Verbesserung der eigenen Stellung südwestlich Riga unternommene kleinere Angriffe brachten uns 32 Gefangene ein.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In Erweiterung unserer Erfolge am 10. Januar wurden auch gestern beiderseits der Ditzostraße mehrere hinter einander liegende Stellungen des Gegners geklärt. Der Feind erlitt schwere blutige Verluste und ließ einen Offizier, 80 Mann, 6 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer in der Hand des Angreifers.

Nördlich und südlich des Sufita-tals blieben feindliche Angriffe erfolglos.

Seceresgruppe des Generalfeldmarschalls von Raden.

In der Sumpfniederung zwischen Braila und Galatz drängten wir den Russen weiter gegen den Sereth zurück. In Surtea wurde genommen.

In der Nacht vom 10. zum 11. Januar versuchten bewaffnete feindliche Schiffe Isaccoa donauaufwärts zu passieren. Ein Dampfer wurde durch unser Artilleriefeuer versenkt, ein anderer gezwungen, auf das Nordufer aufzulaufen.

Mazedonische Front.

Südlich des Ochridasees griff der Feind die österreichisch-ungarisch-bulgarische Front hinter der Cerava an. Die Stellungen wurden gehalten.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 12. Januar 1917. Abends.
Nördlich der Ancre sind Kämpfe im Gange.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Januar 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Mündungswinkel des Sereth nehmen die Kämpfe einen günstigen Verlauf.

Am Südrand der Seceresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph waren österreichisch-ungarische und deutsche Bataillone des Generalmajors Goldbach südlich der Ditzostraße den Feind in raschem Ansturm aus mehreren hintereinanderliegenden Höhenstellungen. Der Kampf kostete den Russen außer schweren blutigen Verlusten 6 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer, die nebst einem Offizier und 80 Mann in unserer Hand blieben. Russische Gegenstöße verliefen wie an den Vorjahren ergebnislos. Sonst bei den 1. und 2. Streiträumen der Ostfront nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Ein Geschwader von Seeschnitzern hat in der Nacht vom 11. auf den 12. v. M. das feindliche Abwehrschiff bei Belgina, welches seit der Zerstörung durch unsere Flieger bei den Angriffen am 14. November und 6. Dezember v. J. wieder aufgebaut worden ist, sehr erfolgreich mit Bomben belegt. In den neuerrichteten Hangars wurden mehrere Vorkreuzer erbeutet.

Flottenkommando.

Mesopotamien — Persien — Aegypten.

Zerstörung eines englischen Kreuzers.

Der türkische Seceresbericht.

Konstantinopel, 11. Januar. Bericht vom 11. Januar 1917.
Nach Artillerievorbereitung, die 48 Stunden dauerte, griffen die Engländer unsere Stellungen in der Gegend von Iman Muhammed südlich von Kut el Amara an. Dem Feind gelang es zuerst, in einigen Stellen unserer vorgehobenen Gräben Fuß zu fassen; er wurde dann aber durch einen Gegenangriff gegen mittag überall zurückgeworfen.

Ebenso wurde der Feind zurückgeworfen, der uns nach heftiger Artillerievorbereitung mit Bomben an der Fellahie-Front angriff.

In der Umgebung von Hamadan unternahmen wir einen erfolgreichen Heberfall gegen einen feindlichen Vorposten, in dessen Verlauf wir eine Anzahl Gefangener machten, zwei Maschinengewehre erbeuteten und die zweite Hindernislinie des Feindes zerstörten. Der Gegner verlor ungefähr 100 Mann.

Kaukasusfront: kein wichtiges Ereignis.

Wir eröffneten ein überraschendes Feuer gegen mehrere feindliche Schiffe, die sich im Hafen von Weis (Castellorigo) befanden. Wir zerstörten durch Vorkreuzer einen englischen Kreuzer vom Typ Jans (Juno?), ohne daß dieser Zeit fand, das Feuer zu eröffnen. Das Wrack des Kreuzers brennt noch. Ein Torpedoboot, das sich ebenfalls im Hafen befand, entfloh, nachdem ihm durch unser Feuer ein Mast zerbrochen war. Ein anderes Wachtschiff von unbekannter Nationalität erhielt während der Flucht einen Vorkreuzer und entfernte sich, stark zur Seite überweisend, in südlicher Richtung.

Neue Kämpfe bei El Arisch.

London, 11. Januar. Amtlicher Bericht aus Aegypten: Unsere Truppen eroberten am 9. eine starke, aus sechs Linien von Schützengräben mit sechs Hauptkanonen und einer Zentralkanone (wörtlich: Zentralke) bestehende feindliche Stellung, die Rafa, 30 Meilen südlich von El Arisch bedeckte. Es wurden 1600 unverwundete Gefangene gemacht und 4 Gebirgsgeschütze erbeutet. 600 feindliche tote und Verwundete blieben in unseren Händen. — Die zum Angriff bestimmten Truppen verließen El Arisch am 8. Januar, 4 Uhr morgens. Der Angriff auf die feindliche Stellung begann am 9. Januar, 7 Uhr morgens. Der Kampf dauerte bis 5 Uhr nachmittags, wo die Stellung endgültig erklärt wurde. Nach dem Kampfe wurde eine von Schalal, 16 Meilen östlich von Rafa, heranrückende Hilfsabteilung festgestellt. Diese Abteilung wurde an einem Punkte, ungefähr 4 Meilen von der Rafa-Stellung entfernt, in einem Kampf vernichtet und vollständig vernichtet.

Amtlicher englischer Bericht aus Mesopotamien: Nördlich von Kut el Amara auf dem rechten Tigrisufer segelten wir am Morgen des 10. Januar bei nebligem Wetter unsere Unternehmungen fort und machten den ganzen Tag Fortschritte. Bei Einbruch der Nacht waren wir im Besitz des größten Teiles der türkischen Schützengräben auf dem rechten Tigrisufer in dem Hühdogen nordöstlich von Kut el Amara. Die Gefangenenzahl des gestrigen Tages beträgt 173, darunter 7 Offiziere. In einem einzigen, 300 Yards langen Verbindungsgaben lagen 200 gefallene Türken, und die Lage ist anscheinend an den übrigen Stellen ähnlich.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 11. Januar. Generalstabsbericht vom 11. Januar.
Mazedonische Front. Auf der ganzen Front schwaches Geschützfeuer beider Parteien. In der Ebene von Serres Patrouillengehete und Tätigkeit der beiderseitigen Flieger.
Rumänische Front. Feindliche Monitore haben Tulcea beschossen. Sonst nichts zu melden.

Die Versenkung der „San Leandro“.

Der deutsche Geleitbrief für spanische Lebensmittelschiffe.

Bern, 11. Januar. Pariser Blätter veröffentlichen eine Handschrift des deutschen Botschafters an den „Imparcial“ über die Versenkung der „San Leandro“. Der Botschafter erklärt darin, daß der deutsche Geleitbrief nicht lediglich eine Formalität, sondern die Vorbedingung zum freien Verkehr der mit Lebensmitteln beladenen Schiffe sei.

Hierzu erklärt „Imparcial“, daß die von deutschen Konsulatsbeamten ausgeübte Heberwachung bei der Verladung von Schiffen genügen solle. Außerdem sollte sich die deutsche Regierung damit begnügen, Schiffe auf hoher See zu durchsuchen und sie dann nötigenfalls in Häfen zu verbringen, wo die verdächtigen Ladungen genauer untersucht werden könnten. Eine solche Maßnahme sei durchaus zulässig, da sonst die spanische Handelsmarine derart geschwächt werde, daß eine Hungersnot für die Bevölkerung zu befürchten sei.

Graf Bendendorff.

London, 11. Januar. (Reutermeldung.) Der russische Botschafter Graf Bendendorff ist gestorben.

Der Londoner Posten war mehrfach von Bendendorffs Händen, zuerst seit 1903. Man kann also sagen, daß er von Anfang an mit an dem Webstuhl gesessen hat, an dem die Fäden des blutigen Welt dramas von heute geknüpft wurden. Doch man ihn 1910 obermals auf den Platz an der Themse stellte, dürfte als ein Beweis anzusehen sein, daß er für die Aufgabe, auf die es jetzt ankam, als besonders geeignet galt.

Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich.

Berlin, 11. Januar. (Amtlich.) In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über die unmenschliche, jedem Völkerrecht höhnsprechende Behandlung, die den deutschen Kriegsgefangenen in französischer Gefangenschaft zuteil wird. Nicht genug damit, daß die Gefangenen in Wirkungsbezirk des deutschen Feuers zu schwersten Arbeiten, darunter Ausheben von Schützengräben und Transport von Munition gezwungen werden, wird in unmenschlicher Weise alles getan, um ihnen ihr ohnehin bitteres Los zu verschärfen und ihnen das Leben zur Hölle zu machen. Schon unmittelbar nach der Befangenahme werden die Gefangenen ihrer Wertgegenstände planmäßig beraubt. Auf dem Transport zur Sammelstelle werden sie von Wachmannschaften und Bevölkerung angepöbeln, in gemeinster Weise beschimpft und durch Schläge, Kolbenstöße und Fußtritte roh mißhandelt. Wiederholt sind Hunde auf die Gefangenen gehegt worden. Französische Offiziere haben derartige Brutalitäten nicht nur nicht gewährt, sondern sich selbst daran beteiligt. Die erste Unterbringung findet in offenen, mit Strohballen umzäunten Pferchen statt, wo der bloße Erdboden ohne Rücksicht auf Wind und Wetter als Lagerstätte dient. Das Essen ist unzureichend und oft ungenießbar, Krankheitenepidemien sind die Folge. Disziplinarrufen von beispielloser Härte werden verhängt. So hat man wiederergriffene Flüchtlinge in einen Drahtkäfig gesperrt, der zum Niederlegen zu kurz und zum Stehen zu niedrig war. Die Verhältnisse in den Sammellagern, wohin die Gefangenen nach wochenlangem Aufenthalt in den Drahtpferchen überführt werden, sind unwürdig und trostlos. Die Mannschaften liegen in Zelten, die regendurchlässig sind und der Winterkälte freien Zutritt lassen. Nur selten werden Decken geliefert und dienen Stroh und Flechtwerk als notwendiges Lager. Persönliche Fürsorge fehlt fast gänzlich; Kranke werden ohne Rücksicht auf ihren leidenden Zustand zur Arbeit angetrieben. Postfachen der Gefangenen werden nicht oder nur nach langer Siegesfrist befördert; ihnen aus der deutschen

Heimat geschickte Pakete und Geld werden nur in Einzelfällen ausgedrückt; die Pakete sind fast durchweg beraubt.

Selbstverständlich hat die deutsche Reichsregierung sofort Maßnahmen ergriffen, um in diesen empörenden Zuständen Wandel zu schaffen. Den unglücklichen kriegsgefangenen Deutschen, die in der französischen Armeezone im deutschen Feuer unter so elenden Bedingungen ihr Leben fristen, muß und wird — und zwar schnellstens geholfen werden —, dessen kann das deutsche Volk versichert sein. Näheres darüber wird in Kürze mitgeteilt werden.

Letzte Nachrichten.

Aufruf an das deutsche Volk.

Großes Hauptquartier, 12. Januar. Amtlich.

An das deutsche Volk!

Unsere Feinde haben die Nase fallen lassen. — Erst haben sie mit Hohn und heuchlerischen Worten von Freiheitsliebe und Menschlichkeit unser ehrliches Friedensangebot zurückgewiesen. In ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich jetzt darüber hinaus zu einer

Eroberungssucht

bekannt, deren Schändlichkeit durch ihre verleumderische Begründung noch gesteigert wird. — Ihr Ziel ist die Niederwerfung Deutschlands, die Zerstückelung der mit uns verbündeten Mächte und die Anechtung der Freiheit Europas und der Meere unter daselbe Joch, das zähneknirschend jetzt Griechenland trägt. — Aber was sie in dreißig Monaten des blutigsten Kampfes und des gewissenlosesten Wirtschaftskrieges nicht erreichen konnten, das werden sie auch in aller Zukunft nicht vollbringen. — Unsere glorreichen Siege und die ehernen Willenskraft, mit der unser kämpfendes Volk vor dem Feind und daheim jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, bürgen dafür, daß unser geliebtes Vaterland auch fernerhin nichts zu fürchten hat. Hellflammende Entschlossenheit und heiliger Zorn werden jedes deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln, gleichviel, ob sie dem Kampf, der Arbeit oder dem opferbereiten Dulden gewiebt ist. — Der Gott, der diesen herrlichen Geist der Freiheit in unserem tapferen Volke Herz gepflanzt hat, wird uns und unseren treuen, sturmerprobten Verbündeten auch den vollen Sieg über alle feindliche Mächte und Vernichtungswut geben.

Wilhelm I. R.

Transportdampfer versenkt.

Berlin, 12. Januar. Amtlich. Am 28. Dezember 1916 hat eines unserer U-Boote im englischen Kanal einen abgeblendeten, von Zerstörern begleiteten Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen versenkt.

Aufnahme der Ententennote in Holland.

Amsterdam, 12. Januar. (Telunio.) Die Antwort der Entente auf Wilsons Friedensnote findet in der hauptstädtischen Presse keine günstige Aufnahme. Man ist allgemein der Meinung, daß der Friedensraum vorläufig abgeträumt ist. Besonders kritisiert man den Standpunkt, den die Entente bezüglich des Nationalitätenprinzips einnimmt und läßt deutlich durchblicken, daß das Nationalitätenprinzip nach der Ansicht der Entente allein für die Mittelmächte gelten soll, und daß dieses Schriftstück den Beweis für die Eroberungsgelüste der Entente bringe.

Das „Handelsblad“ schreibt: Es ist ein prächtiger Grundfah in dieser Note ausgesprochen. Der sicherlich die Basis für einen zukünftigen dauerhaften Frieden sein könnte: Reorganisation Europas, basiert auf dem Prinzip der Nationalitäten und des Rechts für alle Völker, groß und klein auf vollständige Sicherheit und freie wirtschaftliche Entwicklung. Doch ist sicher, daß ein solcher Friede so niemals entstehen kann. Was meint die Forderung der Note, welche auspricht, daß diejenigen Gebiete zurückgegeben werden sollen, welche früher gewaltsam gegen den Wunsch ihrer Bewohner den Alliierten entzogen wurden? Was soll mit dieser Forderung der Mittelmächte gesagt werden? Alle die Forderungen, welche die Entente in ihrer Note auspricht, könnten bewilligt werden, aber nicht in der Form, wie diese es verlangt. Was die Entente jetzt tut, heißt, die Sachen auf den Kopf stellen, die Zentralmächte ausplündern, um hinterher von Nationalitätenprinzip und Völkerrecht sprechen zu können. Das ist nicht die Form, um einen herzlichen, freundschaftlichen und dauerhaften Frieden zu schließen.

Der „Telegraaf“ sagt, daß das Friedensprogramm der Alliierten ein Maximum bedeutet, das die Mittelmächte müßte als ein Minimum angesehen werden. Die Note mag von einigen Neutralen als hartnäckig und deshalb unannehmbar für die Mittelmächte bezeichnet werden. In jedem Falle aber sei es das große Verdienst der Alliierten, in ihrer Antwort deutlich zu sein. Zwei verschiedene Auslegungen lasse diese Antwort nicht zu. Das Blatt vertritt schließlich die Ansicht, daß der Friede weiter entfernt ist denn je.

Norwegische Thronrede.

Kristiania, 12. Januar. In der Thronrede, mit welcher der König heute das Storting eröffnet hat, wird auf die wachsenden Schwierigkeiten der Neutralen infolge des Krieges hingewiesen. Trotz des Strebens Norwegens nach strenger allseitiger Neutralität seien Meinungsverschiedenheiten mit den Kriegführenden infolge abweichender Interessen nicht zu vermeiden gewesen. Die Regierung habe sich bei Behandlung dieser Angelegenheiten des Rates der Storting-Präsidenten und der Parteiführer bedient, halte das aber nicht für genügend, so daß die Einsetzung eines Storting-Ausschusses erwogen werden solle, den die Regierung in wichtigen Fragen zuziehen könnte. Die Thronrede erwähnt weiter die Begegnungen zwischen den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten der skandinavischen Länder und die Notizen zur Unterstützung von Wilsons Schritte und geht dann auf die Staatsfinanzen ein.

Wegen der Wegführung von Belgien.

Haag, 12. Januar. In Beantwortung einer schriftlichen Interpellation des sozialdemokratischen Mitgliedes der Zweiten Kammer Duns wegen der Wegführung von Belgien nach Deutschland hat der Minister des Auswärtigen die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der niederländischen Regierung vom 29. November bekanntgegeben. Duns hat daraufhin seine Interpellation zurückgezogen.

Wrack im Biskajischen Golf.

Lissabon, 12. Januar. Der niederländische Dampfer „Kapitannus“, der heute hier angekommen ist, meldet, daß er im Golf von Biskaya dem Wrack des französischen Dampfers „Omnia“ begegnete. Die Mannschaft hatte den Dampfer wahrscheinlich in den Westen verlassen. Der Dampfer „Omnia“ war im Jahre 1915 gebaut und mißt ungefähr 6000 Tonnen.

Politische Uebersicht.

Ein Gedanktag.

Heute am 13. Januar jährt sich der Tag, an dem zum ersten Male während des Krieges ein neues Wahlrecht in Preußen offiziell verheißen worden ist. In der Thronrede, mit der der Landtag im vorigen Jahre eröffnet wurde, hieß es:

In dem ungeheuerlichen Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß... Der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.

So dunkel der Sinn dieser Worte und so beiseiden die Ankündigung war, so erregte sie doch den Zorn der Wahlrechtsfeinde, die die Gelegenheit benutzten, gegen Herrn v. Bethmann Hollweg vom Leder zu ziehen. In erster Linie war es der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, der seinem Unwillen darüber Ausdruck verlieh, daß die Regierung es überhaupt gewagt habe, den Wünschen der Linken Rechnung zu tragen, den Zeitpunkt für die Ankündigung der Reform als den denkbar ungünstigsten bezeichnete und so tat, als ob dadurch der Burgfriede gestört würde. Wie immer, so nannte Herr v. Heydebrand auch jetzt wieder die Gestalt des preussischen Abgeordnetenhauses, die Gestalt der preussischen Volksvertretung, eine den Bedürfnissen des Landes fast ideal entsprechende, und er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie sich der Verantwortung ihrer Handlungsweise nicht bewußt sei, wenn sie in der Kriegszeit mit Fragen hervortrete, die die Einigkeit im deutschen Volkswesen und im Parteienleben stören müßten.

Grund zu einer solchen Aufregung lag nicht vor, denn der Minister des Innern ließ keinen Zweifel darüber, daß die Regierung während des Krieges an die Lösung der Wahlrechtsfrage überhaupt nicht denke, sondern daß sie sich erst wenn die Waffen ruhen, dazu aufraffen wolle, „das politische Leben Preußens und Deutschlands von der umstrittensten Frage dauernd zu entlasten“. Die Regierung erwarte, alle Parteien an ihrer Seite zu finden, wenn sie die Grundlagen für die Beratung in ihren Vorschlägen bietet; das werde nach dem Kriege der Fall sein.

Auft man sich die letzten Wahlrechtsdebatten in Erinnerung, so wird man sich allzu großen Hoffnungen über die Aussichten der Reform nicht hingeben können. Wenn sie in Angriff genommen wird, ist unsicher; sicher ist nur, daß sie während des Krieges nicht kommt. Wie sie aussehen wird, ist völlig in Dunkel gehüllt, das eine aber ist gewiß, daß weder die Regierung noch die Mehrheitsparteien des Landtages an eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen denken. Auf keinen Fall ist die Regierung gewillt, dem preussischen Volke das gleiche Wahlrecht zu geben. Wie in Abgeordnetentreffen erzählt wird, soll der Entwurf bereits fertig im Ministerium des Innern liegen, und zwar soll es sich um ein allgemeines, direktes und geheimes, aber abgestuftes Wahlrecht handeln. Mit einer solchen Reform kann sich die Sozialdemokratie natürlich nicht zufrieden geben.

Den Wahlrechtskämpfen aus dem Wege zu gehen, wie es die Konservativen so gern möchten, dazu ist weder die Regierung, noch das Parlament imstande. An dieser Lebensfrage des preussischen Volkes werden die Gegensätze aufeinanderprallen, gleichviel ob die Regierung die Initiative ergreift oder ob die Anregungen zu einer Reform aus der Mitte des Parlaments kommen. Klug würde die Regierung handeln, wenn sie mit der Reform nicht bis nach Beendigung des Krieges wartete. Zum mindesten müßte sie dafür sorgen, daß noch ehe der Landtag auseinandergeht, das neue Wahlgesetz unter Dach und Fach ist. Gerade die Zeit nach dem Kriege wird eine Zeit so umfangreicher gesetzgeberischer Arbeit sein, so wichtige Fragen werden dann auf der Tagesordnung stehen, daß es unverantwortlich wäre, diese Arbeit, die grundlegend sein soll und muß für das neue Preußen, einem unter dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Landtage zu übertragen. Wenn die Gesetzgebung nach dem Kriege den Willen des Volkes widerspiegeln soll, dann dürfen die Gesetze nicht verabschiedet werden von einem Parlament, das ein Zerbild des Willens und der Stimmung der Bevölkerung ist.

Durch Verteidigungskrieg zur Weltherrschaft.

Die deutsche Note an die Neutralen hält sich in jedem Worte an das Bewußtsein, daß dieser Krieg seinem Ursprung und seinem Ziele nach ein Verteidigungskrieg Deutschlands ist und daß die gegenwärtige Kriegslage deshalb zu erklären erlaube, das deutsche Kriegsziel, das Ziel der Verteidigung des eigenen Landes, sei glänzend erreicht. „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“ sind darob wenig erbaut. Sie legen den Begriff des Verteidigungskrieges soweit aus, daß sie glücklich zu dem Schluß kommen können, das Ziel des Krieges sei noch nicht erreicht, woraus folgt, daß die deutsche Regierung von solcher Voraussetzung aus ihr Friedensangebot gemacht habe. „Verteidigungskrieg“ im Sinne der „Deutschen Tageszeitung“ oder „Kreuzzeitung“ wird von Deutschland solange geführt, bis den Gegnern die Möglichkeit und jede Willensbetätigung entzogen ist, Deutschland und seine Verbündeten ihrer Freiheit und ihres Daseins zu berauben. Mit anderen Worten: der Verteidigungskrieg soll jede überhaupt denkbare weltpolitische Nachkombination unmöglich machen, die Deutschland irgendwie gefährden könnte. Positiv gesagt heißt das aber: Nur die Weltherrschaft kann Deutschland sichern. Der Gedanke braucht nur positiv und klar gedacht zu werden, um in seiner inneren Unmöglichkeit nachgewiesen zu sein. Die Opfer an Gut und Blut sind aber zu schwer, um Chimären nachzugehen. Noch jeder, der nach der Weltherrschaft strebt, hat Panzerrott gemacht. Die Idee des Verteidigungskrieges ist viel enger. Ein Verteidigungskrieg ist strengt beendigt, wenn die Feinde von den Grenzen abgehalten, ihre Sturmfronten geschlagen sind und die wirtschaftliche Kraft umgebrochen ist. Auch der Hinweis darauf, daß deutsche Kolonien und der deutsche Auslandsmarkt von den Feinden besetzt sind, kann nicht als Beweis dienen, das Ziel des Verteidigungskrieges sei nicht erreicht, weil Deutschland Pfänder in den Händen hat, um die es die Großsprecher der Entente wohl beneiden können!

Das Ende der preussischen Verwaltungsreform.

Im Jahre 1900 ist in Preußen eine Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform eingesetzt worden. Die Kommission hat die Jahre hindurch gearbeitet und nun ihre Tätigkeit eingestellt. Resultate sind überhaupt nicht erzielt worden, wenn man nicht als Resultat huchen will, daß der Vorsitzende der Kommission, Freiherr v. Jeditz, das Prädikat Erzherzog und die Mitglieder Orden bekommen haben. Dieser Ausgang der Kommissionsberatungen beweist nicht etwa, daß eine Verwaltungsreform in Preußen nicht notwendig ist. Der ganze Vorgang zeigt höchstens, daß, wenn wieder geregelte Zustände im Lande eingetreten sind der Druck von unten kommen muß.

Gegen die Schließung der Fortbildungsschulen.

In gewissen Unternehmerkreisen wird unter Hinweis auf das Hilfsdienstgesetz lebhaft für Schließung der Fortbildungsschulen geärgert. Die Handelskammer in Köln hat sich mit der Begründung, daß die Klagen über die Verwahrlosung der Jugend jetzt schon sehr groß seien, gegen die Schließung der Fortbildungsschulen erklärt. Die jedoch gleichzeitig ausgesprochen, daß sie die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts außerhalb der Arbeitszeit wüßten. Gleichzeitig hat sie angeregt, die Volksschüler nicht erst Ostern, sondern jetzt schon zu entlassen. Die freien Gewerkschaften Kölns erheben gegen diese Vorschläge öffentlich Einspruch. Leider haben sich diesem Proteste die christlichen Gewerkschaften nicht angeschlossen.

Der preussische Fideikommiss-Gesetzentwurf ist soweit vorbereitet, daß er voraussichtlich dem Abgeordnetenhaus bei Wiederzusammentritt am 16. Januar vorgelegt werden können. Man rechnet damit, daß der jetzt in Aussicht genommene Gesetzentwurf zur Verabschiedung gelangen wird, besonders, weil den Wünschen des Zentrums durch Bestimmungen Rechnung getragen ist, durch welche für bäuerliche Besitzungen eine fideikommissähnliche Bindung ermöglicht werden soll.

Aus der Partei.

Der Parteiausschuss ist auf Donnerstag, den 18. Januar, zu einer Sitzung berufen, in der die gegenwärtige Situation in der Partei besprochen und zur Reichskonferenz der Parteiopposition Stellung genommen werden soll.

Die amerikanischen Sozialisten für Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses.

Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus im Haag hat am 11. Januar der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten ein Telegramm aus Chicago erhalten, in dem vorgeschlagen wird, für den 3. Juni 1917 im Haag einen internationalen Kongress einzuberufen. Wenn das Bureau bis zum 1. März keine Schritte getan haben sollte, um einen solchen Kongress einzuberufen, so würde die amerikanische sozialistische Partei sich für berechtigt halten, selbst die Initiative zu ergreifen. Die Parteileitung der amerikanischen Sozialisten hat ein gleichlautendes Telegramm allen sozialistischen Parteien zugehen lassen.

Bremer Rechts- und Linksradikale.

Im Bremer Verein der Beitragsperzer hat der Arbeitsgemeinschaftler Henke gegen die noch künftigen den Kürzeren gezogen. Er erhielt, wie der „Braunschweiger Volksfreund“ in seinem Bremer lokalen Teil berichtet, bei der Wahl zum 1. Vorsitzenden nur 107 Stimmen, sein linksradikaler Gegenkandidat 150. Bei den Wahlen zur Berliner Oppositionskonferenz mußte er sich mit 181 Stimmen behaupten, während der linksradikale Anief mit 250 triumphierte.

„Alein Sellige un vill Weibrauch.“

Die „Rheinische Zeitung“ schreibt den Spartakusleuten, die die Protektandatur Liebknechts zu einer großen Rosenkranz aufbauwüchten, ungeloben die folgenden Zeilen ins Stammbuch: „Nun haben die Kölner „Rassen“ gesprochen. 3100 Stimmen, fast nur von Arbeitern, für Meerfeld, ganze 18 Stimmen für Liebknecht. Das ist das Ergebnis der großen „Protestwahl“ von Köln. Wahrscheinlich, das harte Opfer des ehrenhaftigen und unzeitigen Schwärmer Karl Liebknecht wird von seinen Anhängern übel gelohnt. Da verlassen ihn alle Jünger und Hohen. Wir hätten geglaubt, daß in einer derartigen Großstadt, in der mit Recht sich viel Erbitterung angehäuft hat, doch wenigstens einige hundert Männer zu finden wären, die hinter diesem Wahlerschlag im tiefsten Geheimnis die Abgabe eines Stimmzettels für Karl Liebknecht magten. Wir haben die Spartakus-Gemeinde doch noch zu hoch eingeschätzt, und darum sagen wir noch einmal: „Alein Sellige un vill Weibrauch.““

Aus Industrie und Handel.

Die neue englische Kriegsanleihe.

Der englische Schatzsekretär Bonar Law gab in seiner Guildhallrede die Bedingungen der neuen englischen Kriegsanleihe bekannt. Sie ist nicht, wie vor einigen Tagen fälschlich berichtet wurde, von doppeltem Typus: einem niedrig verzinslichen und steuerfreien und einem höher verzinslichen und steuerpflichtigen. Die Verzinsung ist einheitlich und beträgt 5 Proz. Der Zeichnungspreis ist 3, so daß sich die Rentabilität ohne Berücksichtigung der Tilgung auf 5,26 Proz. stellt. Die Anleihe kann von der Regierung frühestens nach 12 Jahren zum Nennwert zurückgekauft, muß aber nach 40 Jahren getilgt werden. Je nach dem Zeitpunkt der Tilgung schwankt daher die Gesamtrentabilität zwischen 5,68 Proz. und 5,89 Proz. Die Anleihe ist steuerpflichtig, will sagen, sie unterliegt der in Form einer Kuponssteuer erhobenen hohen englischen Einkommensteuer. Nur Ausländer sind nicht steuerpflichtig. Bei Berücksichtigung der hohen englischen Einkommensteuer ist der dem Anleihezeichner wirklich zukommende Zinsertrag wesentlich niedriger als die mathematische Errechnung der Rentabilität ergibt. Man darf einermachen gespannt sein, ob die neue Anleihe, die nach dem Willen der Regierung einen Refordertrag bringen soll, auf placiert werden wird. Das englische Publikum, besonders die kleinen Sparer, ist an relativ niedrig verzinsliche Papiere ohne wesentliche spekulative Chance nicht gewöhnt, weil der Besitz von Aktien infolge des geringen Nennwertes sehr viel vorzuziehen als bei uns ist. Auch ist England im Gegensatz zu Deutschland nicht von Warenvorräten entblößt, was ebenfalls die Unterbringung riesiger Anleihebeträge wesentlich erschwert und die Zeichnung von einigen Milliarden noch zu dem künstlich macht, für das es in der auch nicht urteilslosen Friedenszeit noch gegolten hat.

Die Teuerung in England.

Die vom „Economist“ am 6. Januar veröffentlichten Indizes, die den Dezember v. J. mit einschließen, zeigen ein weiteres Steigen der Preise der wichtigsten Bedarfsartikel. In dieser Aufstellung ist die durch die Durchschnittspreise von 1901-1905 gegebene Basis mit 100 angesetzt. Ende Juli 1914 betrug die Ziffer 116,6, Ende August 1914 122,6 und sie stieg seither mit einer vorübergehenden Abnahme im Sommer 1915 und einer anderen im Juni 1916 von Monat zu Monat. Ende Oktober 1916 betrug sie 208,7, Ende November 217,2, Ende Dezember 228. Weitaus am stärksten war im Dezember die Zunahme bei Cerealien und Fleisch: von 117 1/2 auf 1294 (Basis 500). Textilwaren (Basis 500) zeigen eine Steigerung von 1061 auf 1124 1/2, Verschiedenes (Kaufkraft, Baumaterial, etc. usw., Basis 500) von 1102 auf 1112. Bei den Nahrungsmitteln mit Ausnahme von Cerealien und Fleisch (Zee, Zucker usw., Basis 500) wird eine Abnahme von 558 auf 553, bei den Mineralien (Basis 400) gleichfalls eine Abnahme, und zwar von 800 1/2 auf 824 1/2 festgestellt. In der Gruppe Cerealien sind auch Kartoffeln und Reis mit einbezogen. Die Preissteigerung ist die Folge des ungenügenden Schiffsverkehrs. Eine Verbilligung zeigte sich im Dezember bei der dänischen Butter. Ein starkes Sinken des Preises ergab sich bei der Baumwolle: von 12,50 per Pfund auf 10,64 Pence (s). Doch wurde es mehr als aufgehoben durch das Steigen der Wolle, Hanf und Jute. Nimmt man die Jahresziffer für die einzelnen Produkte, so findet man durchgehends eine Preissteigerung gegen das Jahr 1915. Für Weizen sind die Endziffern für die Jahre 1912 bis 1916: 26,10; 31; 43,3; 45,9; 74,10. Für westindischen Zucker: 15,9; 11,6; 18,3; 27,9; 41,10. Für Rohle (Newcastle): 15,6; 15; 13; 23,6; 30. Für Reis: 9,61; 7,7 1/2; 12,6; 14,7 1/2; 20. Merkwürdig billig ist Kaffee geblieben, wemgleich im letzten Jahre gleichfalls eine bedeutende Verteuerung verzeichnet wird. Die Ziffern sind: 69,3; 50,3; 52,6; 43; 53.

Der „Economist“ bezeichnet diese Verteuerung aller Artikel als unvermeidliche Folge des Krieges. Die Regierung könne nur in einer einzigen Richtung etwas tun: in der zwangswelken Einschränkung unnützer Ausgaben und übermäßigen Verbrauchs.

Schließlich weist das Blatt noch darauf hin, daß die Teuerung auch die Neutralen trifft. Die von „Duns Review“ unlängst veröffentlichten Indizes für Amerika lauten für 1. August 1914: 120 740, für Anfang 1916 137 666, für 1. Dezember 1916 163 000.

Steigen der Kriegsgewinne in England.

Der „Economist“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der finanziellen Ergebnisse von 932 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen er im Laufe des vorigen Jahres analysiert hat. Daraus ergibt sich ein gesamtter Reingewinn von 86 587 823 Pfd. Sterl. gegenüber 67 290 042 Pfd. Sterl. im Jahre 1915, d. h. ein Steigen der Profite um 28,6 Proz. Von den besonders glückhaften Industriegruppen sind zu nennen: die Eisen-, Stahl- und Kohlenbergbau mit einer Profitzunahme von 37,1 Proz., die Schiffahrtunternehmungen (Zunahme 37 Proz.); Zee-, Kaufkraft- und andere Gesellschaften (33 Proz.) und die Nitratfabriken (Zunahme 441 Proz.). Bei einem Gesamtkapital von 634 800 900 Pfd. Sterl. betragen die Profite der von der Statistik des Blattes umfaßten Unternehmungen 86 587 823 Pfd. Sterl., d. i. 13,2 Proz. gegen 10,2 im Jahre 1915.

Ein typisches Kriegsschicksal.

Die Tuchfabrik Aachen vormals Süslind u. Sternau u. C. hat im Geschäftsjahre 1915/16 einen Rekordabschluß auszuweisen. Während in den Jahren 1912/13 und 1913/14 eine Dividende nicht zur Auszahlung kam, wurden die Aktionäre 1914/15 mit 15 Prozent ertrukt. Für das Geschäftsjahr 1915/16 können aber nur 8 Prozent gewährt werden. Der Rohgewinn ist von 1,2 Millionen Mark auf 306 000 M. gesunken, die Handlungsverluste sind von 133 336 M. auf 198 440 M. gestiegen. Obwohl die Abschreibungen von 232 252 M. auf 39 210 M. erniedrigt wurden, so ergibt sich doch nur ein Reingewinn von 113 654 M. gegen 790 880 M. Die Dividende erfordert 120 000 M. und kann nur gezahlt werden, weil aus dem Vorjahre ein Vortrag von 112 680 M. in das abgelaufene Geschäftsjahr herübergenommen worden ist. Angesichts der unsicheren Lage der Textilindustrie darf man billig bezweifeln, ob die Verwaltung nicht besser gelan hätte, die Dividende noch weiter zu ermäßigen, um den Reingewinn dieses Jahres nicht mit Benutzung des Vortrages zu überschreiten. Die Bilanz zeigt allerdings ein gutes Bild. Zwar haben sich die Schulden, worin das Bankguthaben eingeschlossen ist, sehr wesentlich vermindert, aber dafür ist der Effektenbestand von 630 000 M. auf 1,4 Millionen Mark gestiegen. Von diesem Effektenbestand ist aber ein großer Teil für die Zahlung der Kriegsteuer durch Reichsanleihe abzugeben. Trotzdem hat das Unternehmen weit über die Hälfte seines Aktienkapitals Kriegsanleihe im Portefeuille. Die Entwicklung dieses Unternehmens ist für alle jene Fabriken charakteristisch, die in den ersten Kriegsjahren durch Realisierung ihrer Warenbestände, worunter auch ehemals unberläufliche Lebenshüter gewesen sein mögen, für kurze Zeit obenauf gekommen sind, um bald wieder zurückzusinken.

Aus Groß-Berlin.

Vom Gemüse- und Obstmarkt.

Die Zufuhr von Kohl nach dem Berliner Markt ist andauernd eine ungenügende. Die Preise haben fortgesetzte Steigerungen erfahren; inländischer Weiß- und Rotkohl wird nach den Berichten der Markthalle seit dem 20. Dezember überhaupt nicht mehr gehandelt, es kommt nur noch ausländische Ware auf den Markt. Der Preis für Weißkohl ist im Großhandel auf 7 bis 8 M., für Rotkohl auf 21 M. und Birzingskohl auf 19 M. gestiegen. Im Kleinhandel schwanken die Preise pro Pfund für Weißkohl von 10 bis 15 Pf., für Rot- und Birzingskohl 25 bis 30 Pf. Eine Erklärung dafür, daß gegenwärtig inländischer Kohl nicht mehr auf den Markt kommt, könnte nur darin gefunden werden, daß der Verbrauch so stark gestiegen ist, daß die vorhandenen Bestände geräumt sind. Höchstpreise bestehen für Kohl nicht, und da der Handel behauptet, daß der Preis den besten Anreiz für die Beschaffung des Marktes ansetzt, sollte ein Mangel nicht vorhanden sein. Daß diese Argumente nur benutzt werden, um die Bahn für eine ungehinderte Preistreibererei frei zu haben, dafür bietet die Marktlage, wie sie sich gegenwärtig unter der freien Preislage gestaltet hat, den besten Beweis. Für Kohlrüben beträgt der Höchstpreis für den Erzeuger 2,75 M. pro Zentner, inländische Erzeugnisse sind nicht zu haben, nach den Notierungen der Markthallen wird für ausländische Ware 7-8 M. pro Zentner im Großhandel gezahlt. Die von der Stadt mit 6 Pf. pro Pfund verkauften

Kohlrüben sind beschlagnahmt und früher angelieferte inländische Ware.

Siebeler kommen überhaupt nicht mehr auf den Markt. Da die Höchstpreisfestsetzung vom 4. November 1916 für den Erzeuger mit 7,50 M. pro Zentner begann und eine Steigerung bis zum 19. April 1917 bis auf 12 M. vorgeesehen ist, so warten spekulative Leute, bis eine höhere Preisfestsetzung erreicht ist, um dann erst die Ware auf den Markt zu bringen. Im Kleinhandel soll in dieser Zeit der Preis von 14 Pf. auf 20 Pf. für das Pfund erhöht werden. Wieviel werden noch gelagert. Es besteht sogar die Gefahr, daß Ware, die weniger haltbar ist, verdirbt, und damit der allgemeinen Versorgung Schaden zugefügt wird. Von einigen Stellen wird uns bereits berichtet, daß halberkaufte Ware zum Verkauf kommt, die darauf hindeutet, daß unsere Annahme berechtigt ist.

Für Obst sind die Höchstpreise, die die Preisprüfungsstelle festgelegt hatte, aufgehoben. Damit sind wir sehr schnell zu einem Kleinverkaufspreis von 1,50 M. für Äpfel mittlerer Qualität gekommen. Selbst ganz minderwertige Ware erzielt noch einen Preis von 90 Pf. bis 1 M. Wenn die Preistreiber nicht noch weiter aufwärts geht, so deshalb, weil bei diesem Preis dem Absatz Schwächen gesetzt sind. Der großen Masse des Publikums ist es gar nicht möglich, den unerhörten Preis von 1,50 M. für ein Pfund Äpfel anzulegen. Es bleibt bei dieser Preisbildung die Ware reserviert für das kaufkräftige Publikum. Da nach den Markthallenberichten die Großhandelspreise zwischen 60 und 90 Pf. schwanken, ist der Aufschlag, den der Kleinhandel nimmt, außerordentlich hoch. Aber auch im Großhandel werden bei diesen Preisen enorme Verdienste eingeleistet. Leider fehlt es hier noch immer an einer durchgreifenden amtlichen Kontrolle, die geeignet wäre, diese Preistreiber zu unterbinden. Es muß von der Stadt verlangt werden, daß sie die Bestände, die zu übermäßig hohen Preisen verkauft werden, im Großhandel beschlagnahmt und in eigenen Verkaufsstellen preiswert an das Publikum bringt. Wenn diese Eingriffe in den Handel nicht erfolgen, sind wir schlußlos diesen Treibern ausgeliefert.

Die Verkehrsnot.

Auf der Vorortstrecke der Görlitzer Bahn ist die Verkehrsnot besonders schlimm. Die Bahnhöfe Johannistal-Niederschöneweide und Adlershof und auch Baumshulenberg leiden unter dem Stößverkehr, der beim Schichtwechsel der Fabriken einsetzt. Zeitstellungen darüber hat die Gewerkschaftskommission gemacht, die jetzt täglich die Zustände auf Bahnhöfen beobachtet. Die stärkste Zunahme ergiebt sich aus den Betrieben von Oberschöneweide nach dem Bahnhof Niederschöneweide. Schichtwechsel vollziehen sich hier Stunde für Stunde, aber den heftigsten Stoß hat dieser Bahnhof in der Abendzeit zwischen 5 und 1/6 auszuhalten. Daß die Züge von Niederschöneweide über Baumshulenberg nach Neukölln ganz ausfallen, steigert noch die Schwierigkeiten. Wer da von der Görlitzer Bahn nach Neukölln und den weiteren Haltestellen des Südrings gelangen will, muß über Treptow fahren und dort in den Südring umsteigen. Er hat also die Aufregungen und Widerwärtigkeiten des Kampfes um das Mittokommen zweimal durchzumachen. Auf der Görlitzer Bahn sollen

Züge zeitweise bis zu 300 Prozent besetzt

gewesen sei. Das heißt, daß die Zahl der in sie hineingestopften und hineingequetschten Personen dreimal so groß wie die Zahl der vorhandenen Sitzplätze war. Die zweite Klasse darf mit Fahrkarten dritter Klasse nicht benutzt werden, aber die Beamten sind machtlos bei solchen Verkehrszuständen. Offen herausgesagt: es ist eine Rücksichtslosigkeit gegen die ihrer Erwerbstätigkeit nachgehende Bevölkerung, daß auch jetzt noch die Scheidung der Fahrgäste nach Klassen beibehalten wird. Fort endlich mit dieser Klassencheidung! Man gebe schleunigst die zweite Klasse zur Benutzung für die Fahrgäste dritter Klasse frei, damit die Beförderungsmöglichkeit einigermaßen erleichtert wird und niemand in Versuchung kommt, sich einer Uebertretung schuldig zu machen. Wenn Opfer gebracht werden müssen, so wird hoffentlich die Eisenbahnverwaltung sich nicht ausschließen wollen, sondern auf den Mehrgewinn aus der zweiten Klasse freudig verzichten. Aber nur mit einer Freigabe der zweiten Klasse, deren Wagen ja schon jetzt gestärkt werden, wäre natürlich wenig gebessert. Fordern muß man, daß mindestens für die Zeit des stärksten Verkehrs durch

Sonderzüge zwischen Niederschöneweide und dem Südring

eine Abhilfe versucht wird. Auch Sonderzüge auf dem Nordring sind nötig, und ebenso ist dringend zu wünschen, daß für die späten Abendstunden eine bessere Verbindung über Niederschöneweide hinaus in Richtung Königswusterhausen wiederhergestellt wird. Es kann der Arbeiterbevölkerung nicht zugemutet werden, daß sie zu ihrer jetzt durch reichliche Heberstunden verlängerten Arbeitszeit auch noch auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte eine lange Wartezeit gedulden hinnehmen, sich auf zugigen Bahnsteigen herumdrückt oder in ungeheizten Warteräumen friert. Wer früh um 5 aus seiner Wohnung aufbricht, kehrt vielleicht erst nachts um 12 nach Hause zurück und soll dann am anderen Morgen wieder in aller Frühe an der Arbeitsstätte sein. Schon der Wunsch,

Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu erhalten,

müßte zu der Einsicht führen, daß durchgreifende Abhilfe geschaffen werden muß. Auch sollte man es sich an den maßgebenden Stellen doch sehr überlegen, ob es richtig gehandelt ist, in den Beratungen über die Verkehrsnot nicht der Gewerkschaftskommission den ihr als Vertretung der Arbeiter gebührenden Einfluß zu gewähren.

Eine und zugehende Zuschrift macht folgende Vorschläge zur Milderung einzelner Verkehrsschwierigkeiten: Abhilfe könnte geschaffen werden, wenn der Zug Volkring abgehend Westend statt 5.50 schon 5.10 Uhr fahren würde. Dadurch wäre der Zug 5.15 sehr entlastet, und es würden die Arbeiter rechtzeitig die Werkstätten in Ober- und Niederschöneweide erreichen. Der Zug brauchte dann nicht, wie es oft vorkommt, leer zu gehen.

Besser wäre es unbedingt nötig, daß die Arbeiter, die bis 12 Uhr nachts arbeiten und den Zug 12.27 Uhr benutzen, noch mit dem Volkring 12.05 ab Treptow befördert werden könnten.

Der meist beladene Zug ist nachmittags 3.27 ab Niederschöneweide. Hier könnte Abhilfe geschaffen werden, wenn man zwei weitere Wagen mitnimmt, also zwölf statt zehn. — Sehr notwendig ist auch, daß Sonnabends- und Sonntagnachmittags um 1 Uhr ein Zug von Neukölln nach Niederschöneweide geführt wird.

Frauen in der städtischen Verwaltung.

Unter dem Vorbehalt des Geh. Justizrats Cassel trat im Rathaus der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion zum zweitenmal zusammen, nach dem den Frauen eine stärkere Beteiligung an den städtischen Verwaltungsgeschäften gesichert werden soll. Der Antrag lautet:

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, durch welche die Zuwahl von Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung eingeführte Deputationen durch statistische Anordnung bestimmt werden kann.

Der Vertreter des Magistrats, Stadtsyndikus Dr. Hirsborn, legte das vom Ausschuß gewünschte Material über die Wahl und Beteiligung von Frauen an den Verwaltungszweigen u. v. m. vor. Nach einer sehr eingehenden Erörterung wurde schließlich der Antrag mit großer Mehrheit angenommen und Justizrat Ladewig zum Berichterstatter gewählt. Der Antrag geht nun an die Stadtverordneten-Versammlung und dann an den Magistrat. Stimmen beide zu, dann ist noch die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

Der Antrag, daß Frauen mit beschließender Stimme in Verwaltungsdeputationen gewählt werden können, wurde mit elf Stimmen angenommen; vier waren nur für beratende Stimme. Ausschlaggebend war für die Entschliebung der mit unseren Genossen stimmenden bürgerlichen Vertreter, daß bereits in Halle, Köln und Königsberg Frauen in Verwaltungsdeputationen beschließend sitzen.

Neue Beschränkung der Kartoffelration.

Amlich wird gemeldet:

Die Knappheit an Kartoffeln macht eine möglichst starke Heranziehung der Kohlrüben unabweislich. Die Kohlrübe hält sich im Gegensatz zur Kartoffel für den menschlichen Genuß im allgemeinen nur bis Mitte März. Deshalb muß, um für später genug Kartoffeln zu haben, mit Nachdruck auf möglichst reichliche Verwendung der Kohlrüben in den nächsten Monaten hingewirkt werden. In Preußen ist die Anordnung ergangen, daß überall da, wo genügend Kohlrüben vorhanden sind, die Wochenration auf 3 Pfund Kartoffeln herabgesetzt wird, und daß die fortfallende Kartoffelmenge durch mindestens die doppelte Menge Kohlrüben ersetzt wird. Die Kartoffelzulage für die Schwerearbeiter bleibt bestehen. Den übrigen Bundesstaaten ist, soweit die Verhältnisse es zulassen, ein gleiches Verfahren empfohlen worden.

Wie bedauern außerordentlich, daß man vor dieser neuen Einschränkung, die gerade bei diesen unentbehrlichen Nahrungsmitteln die große Menge der Bevölkerung aufs schwerste trifft, nicht erst den Versuch gemacht hat, durch eine andere Regulierung der Höchstpreise eine größere Zufuhr zu erreichen.

In den Kreisen, die sich mit Lebensmittelfragen beschäftigen, ist man überzeugt, daß für die jetzige Knappheit die für den 15. Februar festgesetzte Erhöhung der Kartoffelpreise mit in Betracht kommt und es ist nicht zu verstehen, daß die Zentralstellen dieser Spekulation nicht ganz energisch entgegengetreten. Wären aber die Kartoffeln wirklich so knapp wie angenommen wird, so ist trotzdem die jetzige Zeit am ungünstigsten für eine derartige Einschränkung. Dann sollte man doch lieber die spätere Zeit, wo sich die Bevölkerung eher mit Frühlingsgemüse behelfen kann, für derartige Zwecke wählen. Schließlich kann man nicht von der Bevölkerung verlangen, daß sie fast jeden Tag Kohlrüben essen soll, und nur deshalb, weil jetzt noch Kartoffeln Amlich zurückgehalten werden.

Hausbesitzerverein und Krankenkasse

Der Grundbesitzerverein Frankfurter Vorbezirk in Berlin hatte beim Versicherungsamt der Stadt beantragt, gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin vorzugehen, weil er sich durch die von der Kasse veröffentlichten Untersuchungen geschädigt glaubte. Die von dem Direktor Albert Kohn geleiteten Untersuchungen, die gewissermaßen eine Fortsetzung der früher von der Krankenkasse der Kaufleute veranstalteten Wohnungsuntersuchungen darstellen, haben viel Aufsehen erregt, weil sie unterstützt durch eine Reihe photographischer Aufnahmen ein kaum glaubliches Bild großstädtischer Wohnungslebens enthüllten. In Wohnungsdebatten spielten sie eine große Rolle und haben viel dazu beigetragen, die Erkenntnis für die Notwendigkeit einer großzügigen Wohnungsreform zu fördern. Es ist jedenfalls ein Zeichen von ziemlich beschränktem Standesegoismus, wenn ein Hausbesitzerverein glaubt, eine solche für die Allgemeinheit nützliche Kritik unterbinden zu müssen, weil die Folgen dieser Kritik unter Umständen eine Schädigung der Hausbesitzerinteressen bedeuten könnten.

Indes stellte sich das Versicherungsamt der Stadt Berlin nicht auf diesen Standpunkt, sondern wies am 20. Mai v. J. den Antrag zurück. Auch die beim Oberversicherungsamt Groß-Berlin eingereichte Beschwerde wurde sichtlich abgewiesen. In den Gründen wird dem Hausbesitzerverein überhaupt das Recht bestritten, gegen die betreffende Entscheidung Beschwerde einzulegen, da die Untersuchungen der Krankenkasse keineswegs in die Rechte der Berliner Hausbesitzer eingreifen. Die Gefährdung der Gesundheit der Versicherten sowie der Hausbewohner überhaupt durch ein zu enges Beisammenvohnen unter den verschiedenen im Bericht aufgeführten Bedingungen liege klar zutage und das Streben nach ihrer Beseitigung, von welcher Seite es auch sei, müsse unbedingt als ein berechtigtes angesehen werden.

Die Verkehrsbesprechung im Eisenbahnministerium.

Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat gestern die angeführte Besprechung der Behörden und Gesellschaften über eine bessere Regelung des Straßen- und Schnellbahnverkehrs stattgefunden. Ueber das Ergebnis wird uns mitgeteilt: In der Besprechung kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß die Maßnahmen, die zur Bedienung des Straßenbahn- und Schnellverkehrs, namentlich seit dem am 10. Januar eingeführten Verbesserungen, getroffen worden sind, den berechtigten Forderungen im wesentlichen entsprechen, soweit wie es unter den Kriegsverhältnissen möglich ist. Ebenso waren alle Beteiligten der Ansicht, daß für den Berufsverkehr im allgemeinen hinreichend gesorgt sei. Die Vertreter der Behörden und der Gesellschaften sicherten zu, weiteren Verbesserungen ihr Augenmerk zuzuwenden und wo sich noch Mängel zeigen sollten, innerhalb der im Kriege gezogenen Grenzen für Abhilfe Sorge zu tragen. Die Besprechung beschäftigte sich darauf mit den schwierigen Verkehrsverhältnissen in den Abendstunden nach Geschäftsschluß. Auch in dieser Hinsicht soll versucht werden, Abhilfe zu schaffen, soweit es mit den aufs höchste angespannten Kräften möglich ist. Die erforderlichen Maßnahmen sind sehr schwierig und lassen sich im einzelnen jetzt noch nicht übersehen. Alle zu diesem Ziel führenden

Mittel werden eingehend geprüft, u. a. auch die vom Verband Groß-Berlin gegebene Anregung, zur besseren Verteilung des Abendverkehrs, der sich jetzt auf eine halbe Stunde zusammen-drängt, eine Staffellung des Lebenschlusses, des Theaterbeginns und vielleicht auch der Polizeistunde einzuführen zu lassen. Insbesondere wird versucht werden, durch Verstärkung des Personals der Verkehrsgesellschaften den Unternehmern und damit dem Groß-Berliner Verkehr Hilfe zuteil werden zu lassen.

Der Verband Groß-Berlin, dem die am Straßenbahnverkehr beteiligten Gemeinden Groß-Berlins ihre weiteren Wünsche zur Verbesserung des Berufsverkehrs übermitteln haben, wird in den nächsten Tagen eine Sitzung der beteiligten Gemeinden und Berufsvertretungen anberaumen. Hierbei sollen die für unbedingt notwendig erachteten Forderungen festgesetzt werden, worauf dann der Kriegsverfahren der Straßenbahn durch die Aufsichtsbehörden endgültig festgesetzt werden kann.

Die obigen Mitteilungen entbehren des logischen Zusammenhangs: Quark behauptet man, daß den berechtigten Forderungen „im wesentlichen entsprochen“ und daß für den Berufsverkehr „im allgemeinen“ hinreichend gesorgt sei. Hinterher aber werden doch noch mancherlei Maßnahmen in Aussicht gestellt, damit also zugetanden, daß noch lange keine befriedigenden Zustände geschaffen sind. Es werden ja auch die beteiligten Gemeinden noch Gelegenheit zur Vorbringung ihrer Forderungen haben. So, wie die Besprechung im Ministerium die Angelegenheit behandelt zu haben scheint, geht es denn doch nicht. Daß man die Verzögerung der Arbeiterkraft nicht zu diesen Beratungen hinzugesogen hat, erscheint uns jetzt allerdings sehr begreiflich. Man mag sich indes gesagt sein lassen, daß die harten Tatsachen und Notwendigkeiten auf keinen Fall durch bloße Konferenzbeschlüsse aus der Welt geschafft werden können.

„Echte Schweden.“

Man schreibt uns: Ich wollte mir einen Lugal leisten und kaufte ein Palet echte schwedische Streichhölzer. Es war garantiert erzklaftere Auslandware, utan svafvel, utan fosfor und utan höfslis preis, und kostete 86 Pfennige. Am Neujahrsmorgen besuchte ich, mir mit ihrer Hilfe meine Feiertagsarbeiten anzuführen, aber der Versuch mißglückte. Die ersten sechszehn verloschten und erst beim siebzehnten fing der Kopf Feuer und flog in leuchtender Farbe meinem Jüngling ins Auge. Ich war ärgerlich, meinte, die Dinger funktionierten ja doch nicht, und steckte sie in die Tasche. In diesem Augenblick jedoch explodierte die ganze Schachtel, verletzten mir meine schönste Nase und verursachten umfangreiche und sehr schmerzhaft Brandwunden am Oberlippenrand.

Ein Nachbar, der mich während meines Krankenlagers besuchte, erzählte mir, daß er mit echten Schweden dieselben Erfahrungen gemacht habe. Im weiteren Verlauf zu verbleiben, habe er tatsächlich sämtliche zehn Schachteln des Palets in den brennenden Ofen geworfen. Der Erfolg sei der gewesen, daß unter der Einwirkung der garantierten Zündhölzer das Feuer von neunzehn „Juse-Brillets“ sofort erloschen und nicht wieder in Gang zu bringen gewesen sei. Er habe davon dem Kommando der Feuerwehr Mitteilung gemacht und hoffe jetzt, daß dieses sämtliche in Groß-Berlin vorhandenen garantiert echten Schweden für Schwedische rekonstruieren und beschlagnahmen lassen werde.

Mein Nachbar überstreift zuweilen etwas. In diesem Falle aber habe ich keinen Grund, an seinen Worten zu zweifeln, zumal er ein sehr starker Patriot ist und es nicht fertig bringen würde, über garantiert wohlwollende Neutralität unwahre Nachrichten zu verbreiten.

Wo bleibt die Regelung des Verkaufs der Ränderwaren? Sie läßt recht lange auf sich warten. Die Ränderwarengeschäfte sind jetzt so voll wie noch nie. Einige Marinaden und Ränderheringe sind alles, was man sieht, und alles zu wahren „Kriegs“preisen; Ränderheringe kosten das Exemplar 85 Pf. bis 1 M. Wo bleiben denn die billigeren Ränderheringe, vor allem Wädlinge? Sie waren so ziemlich das einzige, was sich auch arme Familien noch leisten konnten. Der Nährwert und Fettgehalt der Wädlinge sind in dieser fettlosen Zeit von Bedeutung. Die Kartoffelration wird immer mehr beschränkt; Brot allein tut's auch nicht; wovon soll denn der Mensch eigentlich noch leben? Hier ist eine für viele willkommenen Ernährungsmöglichkeit; doch sie kann nicht ausgenutzt werden, weil immer und immer wieder die bestimmte „Regelung“ erfolgt, ohne daß die von der „Regelung“ betroffenen Nahrungsmittel zu sehen sind. Die schon so oft beklagte bürokratische Langsamkeit bei der so bitteren und dringenden Regelung der Nahrungsmittelversorgung sollte doch endlich einmal verschwinden; sie wirkt immer mehr verbitternd.

Sollspeisung ohne Speisen. Zu recht lauten Ausstritten kam es Donnerstag mittags in der Ausgabestelle 33 (Kommandantenstraße) der städtischen Sollspeisung. Die gegen 1 Uhr erscheinenden Gäste wurden mit der Mitteilung begrüßt, daß kein Essen mehr vorhanden sei. Eine große Anzahl von ihnen, die den ganzen Vormittag, sehr oft ohne zweites Frühstück, schwer gearbeitet hatten und in der halbständigen Mittagspause rasch zur Sollspeisung gelaufen waren, mußte mit leerem Magen wieder zur Arbeit gehen. Denn da die Fleisch- und Kartoffelmärkte im voraus für die ganze Woche abgemessen worden, so bestand keine Möglichkeit, sich anderswo ein Mittagessen zu verschaffen. Die Enttäuschung der hineingelassenen Magistratsgäste gab sich, wie uns mitgeteilt wird, in recht ungewohnter Weise kund.

Ueber Massenpeisungen äußert sich ein an die Regierungspräsidenten gerichteter Erlaß des Ministers des Innern. Danach wird sich ein Zwang zur allgemeinen Teilnahme nicht durchführen lassen, alle Gemeinden aber, in denen ein Bedürfnis vorliegt oder im Laufe des Winters eintritt, sollen Massenpeisungen einrichten. Die Preise der Speisen dürfen die Selbstkosten nicht überschreiten, wobei die Kosten der ersten Einrichtung nicht in Berechnung zu bringen sind. Die Entnahme von Speisen soll in der Regel nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft werden.

Auch die Fleischschau wird teurer. Die Landespolizeibehörden sind ermächtigt worden, für die Dauer des Krieges die Gebühren der Fleisch- und Trichinenschauer zu erhöhen. Die Maßnahme wird mit der Abnahme der Schlachtungen begründet. — Es wäre auch anderen Bevölkerungskreisen zu wünschen, daß ihnen mit der Verlagerung der Arbeit jedesmal die Lohnsätze erhöht würden.

Ueber einen unerwünschten Humor, der gegebenenfalls sogar vor satirischer Selbstverurteilung nicht zurückbleibt, verfügt die Zentral-Einkaufsgesellschaft. Sie erläßt jetzt eine Bekanntmachung zur Regelung der Einfuhr und des Vertriebes von — Schweizerkäse. In launiger Weise werden „allerhand Details“ über die verschiedenen Käsesorten, über „Hartkäse“, „Schadtkäse“ und „Aräuterkäse“, über „Originalpackungen“, „Höchstmengen“, „Teilmengen“, „Großhandelszuschläge“ u. a. m. zum besten gegeben. Bekanntlich hat die Mehrzahl der deutschen Reichsangehörigen seit Monaten vom Schweizerkäse nur noch die Lächer zu sehen bekommen.

Winter in der Schweiz. Rechte Winter sind in Norddeutschland — abgesehen vom äußersten Osten — selten geworden, und der Großstädter kennt schließlich von den vielgeleiteten Schönheiten des gestrengen Herrn nur die trüben Tage und den Matsch. Die herr-

lich der Winter aber sein kann, davon gab der neue Vortrag in der Urania „Winter in der Schweiz“ mit seinen farbigen Lichtbildern und kinematographischen Darstellungen einen recht überzeugenden Eindruck. Der Zürcher Professor Wehler, der ihn entworfen hat, verließ es aufs treulichste in uns armen an die Großstadt Gesellschaft die Sehnsucht nach einer Winterreise durch die Schweiz wachzurufen. Man weiß längst, daß die Leute, die das Geld dazu haben, sich heute im Winter mindestens soviel Reizegenuss verschaffen können, wie wir andern höchstens auf kurze Zeit im Sommer. Eine Fahrt von Prag nach Spiez bietet in der Eisenbahn bereits soviel schöne Landschaftsbilder, daß sie es mit jeder Sommerreise aufnehmen. Der Winter ist ein großer Maler, der scharfe Konturen zeichnet und mit großen Flächen arbeitet. Aber er ist auch ein feiner Kleinfürstler, der an jedem Strauch seine Wunder zeigt.

Mannigfache Eindrücke aus dem Nebelmeer, vom Gotthardt, von der Teufelsbrücke, von Schafhöfen und Salvinen, von den Wundern des Rauhstokes und der Eiszapfen wurden uns zuteil.

Und dann der Winterpark, der in den vielen Winterkurorten gepflegt wird und Lunge und Nerven gesund und frisch macht. Wenn auch nicht jeder ein tausender Vögelchen (gesteuerter Schlitten) die schwierigen Kurven nehmen, oder auf dem Bauche liegend im leichten Skeletten abfahren oder mit den Skiern Weitsprünge machen möchte — es lockt und reizt doch stark auf die verschneiten Berggipfel und die gepflegten Eisbahnen der Hochalpen im Engadin, wo die Luft so trocken und durchsichtig ist und anfallende Windstöße verfliehet. Wärrlich, die Kultur hat die Schwere und Gefahren des Winters längst beseitigt, sie erlaubt uns, sich seiner Schönheiten und anregenden Wirkungen zu erfreuen. Nur Zeit — nur Geld.

Die Urania-Bilder sind kein voller, aber immerhin der am leichtesten zu beschaffende Ersatz für einen Winterausflug in die Schweiz.

Treptow-Sternwarte.

Direktor Dr. Archenhold wird unter Vorführung zahlreicher Licht- und Drehbilder im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte am Dienstag, den 16. Januar, eine regelmäßige Vortragsreihe „Astronomie für jedermann“ beginnen. Es wird jeden Dienstag, abends 7 Uhr, ein besonderes Gebiet behandelt und zwar: Unser Planetensystem — Sonne und Mond. — Kometen und Sternschnuppen. — Unser Wissen von den Sternwelten. — Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung. — Milchstraße und Nebelgebirge. — Sternhaufen, veränderliche und neue Sterne. — Astronomie mit Fernglas und kleinen Fernrohren. — Weltanschauung und Himmelskunde. — Unsere Erde als Planet. — Karten für alle zehn Vorträge sind zu ermäßigten Preisen an der Kasse der Treptow-Sternwarte erhältlich.

Mit dem großen Fernrohr sind jetzt bei klarem Wetter der Jupiter, Doppel- und Fixsterne, Sternhaufen und in den günstigen Phasen der Mond zu beobachten.

Der Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern veranstaltet die zweite Reihe seiner Vortragskurse im Winterhalbjahr 1916/17 vom Januar bis März. Es finden u. a. folgende Kurse von je 6 Vorträgen, die um 8 1/2 Uhr abends beginnen, statt. Prof. Dr. Max Herrmann: „Hans Sachs und die Kultur der Reformationszeit“; Prof. Dr. Jeller: „Bilder aus der Geschichte des Wehrbaues“; Prof. Dr. Langstein: „Kinderernährung, Kinderpflege und -erziehung, Kinderkrankheiten“; Doktor Artur Liebert: „Die Entwicklung des modernen Staatsgedankens“. — Ausführliche Programme sowie Eintrittskarten von 1 M. für jeden Kursus sind zu haben bei: Stettinische Buchhandlung, Rosenstr. 52; Schiller-Buchhandlung, Charlottenburg, Bülowstr. 82/83; Buchhandlung Franz Seeberger, Reitelstr. 22; Buchhandlung Bernhard Staar, Friedr. Str. 3; Buchhandlung Paul Kutschmann, Karstr. 28; Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburgstr. 61 (geöffnet von 8—8 Uhr).

Die Lohnbestimmungen für Seereschiffarbeiten.

Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

§ 1. Für Seereschiffarbeiten, die von Verleihungsämtern in Auftrag gegeben und in Privatbetrieben einschließlicher gemeinnütziger Unternehmungen auszuführen sind, dürfen keine Vereinbarungen getroffen werden, die von den Lohnbestimmungen in den zur Zeit der Auftragserteilung maßgebenden allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen des zuständigen Kriegsverleihungsamts abweichen.

§ 2. Zuständige Kriegsverleihungsämter im Sinne des § 1 sind:

a) Das Kriegsverleihungsamt des Gardekorps in Berlin, Reiterstr. 57, für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und Köpenick, der Landgemeinden Wlerrhof, Berlin-Britz, Berlin-Buchholz, Berlin-Friedenau, Berlin-Friedrichshagen, Berlin-Grünwald, Friedrichshagen, Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Heinersdorf, Berlin-Johannisthal, Berlin-Lantow, Berlin-Lichterfelde, Berlin-Mariendorf, Berlin-Marienfelde, Berlin-Niederschöneweide, Berlin-Niederschönhausen, Berlin-Oberschöneweide, Berlin-Pantow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Rosenthal, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Stralau, Berlin-Tegel, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Berlin-Weißensee, Berlin-Wittenau, Zehlendorf, der Gerichtsbezirke Berlin-Dahlem, Pflanzsee und Heerstr. 1.

b) Das Kriegsverleihungsamt des III. Armeekorps in Spandau für das Gebiet der Provinz Brandenburg mit Ausschluß der unter a) genannten Gemeinden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1917 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die nur für Groß-Berlin geltende Bekanntmachung vom 21. Dezember 1915 — Sect. D. Nr. 55 200 — außer Kraft.

Der Oberbefehlshaber, v. Kessel, Generaloberst.

Verzichtschaft und Bankbeamte. Der Verein der Bankbeamten in Berlin schreibt uns: „Die dem Verein verschickten Verträge haben mit diesem stets im besten Einvernehmen abgeleitet und waren zum größten Teil mit den bisherigen Bedingungen zufrieden. Doch bis in die jüngste Zeit lagen beim Verein Verordnungen vor, die den Verein vor bereit, die Honorare erheblich zu erhöhen, die Vertragskommission stellte jedoch so maßlose Forderungen, daß sich der Verein mit Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit seiner Mitglieder und auch mit Rücksicht auf seine rechtliche Stellung als unter staatlicher Aufsicht stehender Versicherungsverein auf Geheiß der völlig außerstande sah, eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen.“

Geldsendungen ins Ausland. Die Verbindung und Überbringung von auf Reichsmark lautenden Geldnoten, Banknoten, Reichsmarkscheinen und Darlehnsmarktscheinen, Anweisungen, Schecks und Wechsel nach dem Ausland ohne schriftliche Genehmigung des Reichsbank-Direktoriums ist verboten. Eine im Inland anfallende Person darf zugunsten einer im Ausland ansässigen Person nur mit schriftlicher Genehmigung des Reichsbank-Direktoriums Geld zu übermitteln. Die im Ausland begebenen Wechsel, Schecks, Anweisungen, Schecks und Wechsel dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Reichsbank-Direktoriums bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Bei Tauchbootfahrten müssen, um ihre rechtzeitige Weiterführung sicherzustellen, sowohl der äußere als auch der innere Luftschlag offen gelassen werden.

Zur freiwilligen Ablieferung der Fahrradversicherungen ist die Frist bis zum 5. Februar 1917 verlängert worden. Beschlagnahme sind bekanntlich sämtliche Fahrradversicherungen, auch solche, für die die behördliche Genehmigung zur Weiterbenutzung erteilt worden ist.

Die Hilfsdienstpflichtigen des Gemeindebezirks Berlin erhalten mündliche Auskunft über die Arbeitsstellen: beim nächsten Polizeirevier oder beim Militärbüro des Magistrats, Berlin C 2, Klosterstr. 98 (Fernruf: Magistrat Berlin Nr. 80, 530 und 580). Schriftliche Anfragen sind möglichst zu unterlassen.

Die an Berliner Kriegerfamilien gezahlten Unterhaltungen haben im Dezember mehr als 13 1/2 Millionen Mark betragen. Die Mietbeihilfen an Kriegerfamilien beliefen sich im Dezember auf 2 108 268 M. Insgesamt betragen die bisher an Kriegsunterhaltungen gewährten Beträge 215 1/2 Mill. Mark.

Kasse-Theater. Am Sonntag nachmittag gastiert das Schiller-Dauertheater unter Leitung des Direktors Adner Terzial. Zur Aufführung gelangt die Feste mit Gesang und Tanz: „Der Amerikaner“, zu halben Preisen. Abends wird die weitere Komödie „St. Georg, der Drachentöter“ gegeben.

Der Zirkus Busch bringt mit seinem glänzenden Januarprogramm in der Sonnabendnachmittagsvorstellung wieder die Weihnachtspantomime „Im Weihnachtsmann“ zu den bekannten ermäßigten Preisen für Kinder — jeder Erwachsene hat ein Kind frei, jedes weitere Kind zahlt die Hälfte. In der Sonntagnachmittagsvorstellung gelangt die Bruntpantomime „Die Geierprinzessin“ neben dem ausgezeichneten Programm zu ermäßigten Preisen für Kinder zur Aufführung. Die Sonntagabendvorstellung weist wieder ein besonders reiches Programm auf.

Die „Verwandten auf dem Lande“. Die 20jährige Schneiderin Elise Krafft aus Schöneberg räumte sich Kaufleuten gegenüber, bei denen sie kleine Einkäufe machte, und in Familien, bei denen sie arbeitete, daß sie durch Verwandte, die auf dem Lande wohnen, so gut mit allen nötigen Lebensmitteln versorgt werde, daß sie kaum alles verbrauchen könne. Regelmäßig erfolgte dann an die A. die Frage, ob sie nicht für Geld und gute Worte etwas von ihren Vorräten abgeben oder von den Verwandten für die Vorräte besorgen möchte. Dazu erklärte sich die Schneiderin gern bereit, wobei sie andeutete, daß die Landleute aber nur gegen vorherige Einfindung des Geldes lieferten. Natürlich erhielt die A. ohne weiteres einen erheblichen Vorschub oder auch den ganzen Betrag der Bestellung. Vergeblich warteten dann die Vorräte auf die erhofften Herrlichkeiten; die Krafft ließ nichts mehr von sich hören. Auf diese Weise erbeutete die Schneiderin in vielen Fällen bis zu 50 M. Auf die zahlreichen Anzeigen hin nahm die Schöneberger Kriminalpolizei die Ermittlungen auf, und es gelang ihr, die Beträgerin am Mittwoch festzunehmen. Weitere durch die A. Geschädigte werden ermittelt, sich im Zimmer 202 des Schöneberger Polizeipräsidiums zu melden.

Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Kühne ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Er hat sich bekanntlich um die Einführung der Jugendgerichte verdient gemacht und war selber am Amtsgericht Berlin-Mitte als Jugendrichter tätig.

Ein großer Brand beschäftigte Donnerstagabend die Charlottenburger Feuerwehr bis spät in die Nacht hinein. Die Dachfläche der Häuser Löhner Straße 6 und Havelstraße 18 fanden in solcher Ausdehnung in Flammen, daß über sieben Stunden gearbeitet werden mußte, ehe die Gefahren vollständig beseitigt waren.

Todessturz eines Kindes. Durch einen Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist gestern nachmittag die 3 1/2 Jahre alte Tochter Rosa des Technikers Schürmer, der in der Behmstraße 28 im vierten Stock des Vorderhauses wohnt. Die Kleine war allein zu Hause und schlief als die Mutter zu Besorgungen ausgehen mußte.

Goldene Damenuhren, die bei Pfandleihern abgegeben, aber nicht eingelöst worden sind und zweifellos aus Diebstählen herühren, können von den Eigentümerinnen gegen Legitimation im Polizeipräsidium, Zimmer 153a, abgeholt werden.

Aus den Gemeinden.

Die Kartoffeln in Lichtenberg.

In der Stadtverordnetenversammlung von Lichtenberg wurde am Donnerstag die Kartoffeln zur Sprache gebracht. An den Magistrat richtete die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage: Ist dem Magistrat bekannt, daß für die Bevölkerung nicht genügend Kartoffeln vorhanden sind, und was denkt er zu tun, um für regelmäßige und genügende Zufuhr zu sorgen. Genosse Mirus wies hin auf den im Herbst mißlungenen Versuch, durch die Gemeinden eine Vorratsverorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln für den Winter zu bewirken. Die Kartoffelnapptheit habe sich seitdem noch sehr vergrößert, so daß man nächsten eine Kartoffelnot befürchten müsse. Schon habe man in Lichtenberg bei Kartoffelhändlern das Plakat „Kartoffeln auf Verkauf“ gesehen und Hausfrauen seien genötigt gewesen, von Geschäft zu Geschäft nach Kartoffeln zu laufen. In der Bevölkerung bestiehe die Meinung, daß die Landwirte nur im Hinblick auf die für Mitte Februar zu erwartende Dinauffegung des Höchstpreises jetzt keine Kartoffeln liefern wollen. Die Landbevölkerung dürfe nicht wegen dieses Mehrgewinnes die Ernährung der Stadtbevölkerung gefährden. Die Anfrage beantwortete Stadtsyndikus Dr. Marely. Auch der Magistrat sei von schwerster Sorge erfüllt, weil er die Lage für sehr ernst halte. Er werde, wenn die Kartoffeln weiter so unzureichend eingehen, nach Eröffnung des vorweihnachten anlangenden Vorrats jetzt bald vor dem Nichts stehen. Man müsse sich die Knappheit der Kartoffelnzufuhr nicht nur aus der Ungunst des Wetters, sondern tatsächlich auch aus der Spekulation auf die Höchstpreiserhöhung erklären. Von der Provinzial- und der Reichskartoffelstelle, an die der Magistrat sich schon gewandt habe, sei Abhilfe versprochen worden. Seien ihre Zwangsmittel zu schwach, so bleibe nur der Ausweg einer anderen Gestaltung des Kartoffelpreises. Entweder müsse der Preiszuschlag überhaupt beseitigt werden, damit kein Landwirt mehr auf höhere Preise rechnen könne. Oder man solle, um zu sofortiger Lieferung anzuregen, einen Teil des Preiszuschlages schon von Mitte Januar ab geben. Abhilfe durch weitere Einschränkung der Kartoffelration sei unmöglich, hier habe man die äußerste Grenze bereits erreicht.

Auf die Kartoffelfragen bezog sich auch eine den Stadtverordneten vorgelegte Mitteilung des Magistrats über seine Stellungnahme zu ihrem im Dezember gefaßten Beschluß, daß der Höchstpreis für Kartoffeln und Gemüse um 1/2 Pf. pro Pfund ermäßigt werden solle. Der Magistrat meint, diesem Beschluß nicht stattgeben zu können, weil allein die Ermäßigung des Kartoffelpreises den Stadtbüchel mit 18 000 M. pro Monat belasten würde. Ohne Debatte nahm die Stadtverordnetenversammlung die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Beginn der Sitzung wurden die wieder- und neugewählten Stadtverordneten eingeführt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender ist Stadtv. Danneberg, Stellvertreter Genosse John, Beisitzer u. a. auch Genosse Becker.

Der Neuköllner Magistrat zu dem Lebensmittelsschwindel.

Der große Betrag gegen die Stadt Neukölln beschäftigte den dortigen Magistrat in seiner letzten Sitzung, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kaiser stattfand. Mehrere Mitglieder

bedauerten lebhaft, daß das Lebensmittelamt nicht genügend Vorkauf habe wachen lassen und sich nicht von dem Vorhandensein der angebotenen Ware in Sachen überzeugen, sondern den Kaufpreis in Effen angewiesen habe. Dem Vorsitzenden des Lebensmittelamtes Magistratssekretär Weig wurde das Zeugnis angeheftet, daß er die Lebensmittelorganisation Neuköllns ausgezeichnet geleitet und sich große Verdienste um die Versorgung der Neuköllner Einwohner mit Lebensmitteln erworben habe. Auch der Dezerent des Lebensmittelamtes, Stadtrat Mier, stellte seinem ersten Beamten das beste Zeugnis aus. Ein Beschluß wurde in der Magistratsitzung nicht gefaßt. Es soll jedoch erwogen werden, ob in Zukunft der Lebensmittelamt nicht nach bestimmten, neuen Grundrissen erfolgen solle. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß größte Vorsicht bei dem Erwerb von Waren, die an und für sich der Beschlagnahme durch die Staatsbehörden unterliegen, am Platze sei und daß es sich auch im vorliegenden Falle doch nur um aus Holland eingeschmuggelte Waren hätte handeln können. Die in der nächsten Woche tagende Kriegsvollstreckungskommission wird sich ebenfalls mit der Angelegenheit beschäftigen.

Lebensmittelnachrichten aus Neukölln.

Zur Einrichtung von Kartoffelkundenlisten teilt der Magistrat mit, daß von vielen Kartoffelkäufern die Abgabe von Kartons für Milch jetzt davon abhängig gemacht wird, daß der betreffende Käufer in ihrer Kundenliste eingetragen ist. Ein derartiges Verfahren ist nicht zulässig. Der Zeitpunkt, von dem ab Speisekartons nur auf Kundenlisten abgegeben werden, wird demnächst bekanntgemacht. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Kleinhandlärer verpflichtet, an jeden Käufer Kartoffeln abzugeben, auch wenn er sich nicht bei dem betreffenden Händler in die Liste hat eintragen lassen.

Die der Stadt zur Verfügung gestellte kondensierte Milch oder Milchpulver soll in der nächsten Woche zum Verkauf gelangen. Da Kinder bis zu sechs Jahren Milch erhalten, so erhält jeder Haushalt soviel Büchsen oder Päckchen, als er Fleischkartons für Erwachsene vorlegen kann. Die Inhaber von sechs und mehr Haushaltungskartons können von Montag, den 15. bis Mittwoch, den 17. Januar in den städtischen Verkaufsstellen ihre Milch entnehmen. Auf jede Fleischkarte für Erwachsene wird entweder eine Dose kondensierte Milch (etwa 400 Gramm) oder ein Päckchen Milchpulver (250 Gramm) abgegeben. Der Preis beträgt für ausländische Vollmilch 1,40 M., für inländische 1,10 M. und für inländische Magermilch 0,90 Pf., für Vollmilchpulver 1,30 M. pro Beutel. Wer mehr als eine Büchse oder ein Päckchen zu beantragen hat, muß mindestens die Hälfte seines Quantums in der teureren ausländischen Ware entnehmen. Die Erheber von fünf Fleischkarten für Erwachsene können vom Donnerstag, den 18. bis Sonnabend, den 20. Januar, ihre Ware beziehen.

Die Nahrungsmittelversorgung in der Panlower Gemeindevertretung.

Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich eingehend mit der Nahrungsmittelversorgung. Anlaß hierzu bot ein im Herbst gefaßter Beschluß, wonach der Gemeindevorstand Schritte zur selbständigen Versorgung mit Kartoffeln unter Verzicht auf Inanspruchnahme des Kreises Niederbarnim als Bedarfstelle unternehmen sollte. Das ist geschehen, und hat die Provinzialkartoffelstelle der Gemeinde anbeimgestellt, die selbständige Versorgung in die Hand zu nehmen, jedoch dürfe sie dann im Falle von Belieferungsschwierigkeiten auf Hilfe seitens des Kreises nicht rechnen. Der Gemeindevorstand hat die Verhältnisse nochmals eingehend geprüft und hält es angebracht, der gegenwärtigen Zustände auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung für rasam, den damaligen Beschluß aufzuheben und es bei der Belieferung durch den Kreis zu belassen. Durch den Panlow venedigings gestatteten direkten Verkehr mit den Lieferungsverbänden ist es gelungen, dem gegenwärtigen Mangel auch in Zukunft bedrohlichen Notständen vorzuzugreifen möglich ist.

Genosse Schmidt ging in der Debatte eingehend auf die Nahrungsmittelversorgung im allgemeinen ein. Eine Besserung in der Versorgung wäre nur zu erwarten, wenn die maßgebenden Stellen den schon zu Kriegbeginn von Partei und Gewerkschaften gemachten Vorschlägen folgen würden. Von jedem tauglichen Mittel zur Milderung der mangelhaften Zustände müsse Gebrauch gemacht werden. Als ein solches habe sich der direkte Verkehr der Lebensmittelkommissionen mit den Erzeugern erwiesen. Er beantrage daher, daß der Gemeindevorstand baldmöglichst Schritte unternehme, welche zum Zwecke der Erleichterung der Nahrungsmittelbeschaffung ein Verhandlung der Gemeinde Panlow wie kreisfreie Städte — denen der direkte Verkehr mit den Erzeugern gestattet ist — zum Ziele haben. — Nachdem der Dezerent der Lebensmittelabteilung Herr Riemann sich des längeren über die Versorgungsverhältnisse verbreitet hatte, befristete auch Herr Stadtrat S. a. w. in den Antrag des Genossen Schmidt mit der Abänderung, denselben nur auf geeignete Fälle zu beschränken. Nach weiterer lebhafter Aussprache wurde schließlich der im vorigen Herbst bezüglich der Kartoffelversorgung gefaßte Beschluß aufgehoben und der Antrag des Genossen Schmidt mit der vorgeschlagenen Abänderung einstimmig angenommen.

Schöneberger Lebensmittelnachrichten. Der Magistrat Schöneberg verteilt in der Zeit vom 13. bis einschließlich 25. Januar in den durch besondere Verkaufsanlässe kenntlich gemachten Geschäften auf Abchnitt 40 der Lebensmittelkarten 375 Gramm Speisefleisch zu 20 Pf., oder 230 Gramm Marmelade zu 30 Pf., oder 250 Gramm Runkelrübe zu 25 Pf. Die Händler werden so reichlich mit Waren versehen, daß ein Anstellen zweifellos ist. Vom 18. Januar ab — jedoch nicht früher — erteilt die Verkaufsstelle — Kreis Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 261 — mündlich nur am Fernsprecher Auskunft, in welchen Geschäften noch Ware vorhanden ist.

Ein neuer Generalbebauungsplan für Lichtenberg. Schon seit dem Jahre 1904 gingen die Lichtenberger städtischen Behörden mit dem Plane um, einen neuen Generalbebauungsplan für das Stadtgebiet aufzustellen. Die Verhandlungen hierüber waren sehr langwierig und wurden durch die Begründung des Zweiverbandes Groß-Berlin noch schwieriger, da der Verband die vorgeschlagenen Bauausführungen zu genehmigen hat. Der vom Lichtenberger Stadtbauamt ausgearbeitete Plan wurde im Oktober 1915 dem Zweiverbande eingereicht, fand jedoch nicht die erhoffte Zustimmung. Es wurde besonders gegen ihn eingewendet, daß er den Ansprüchen der modernen Städteentwicklung nicht ausreichend Rechnung trage. Auf Antrag des Lichtenberger Vertreters im Zweiverbandesausschuß wurde von einer förmlichen Beanstandung des Planes abgesehen und weitere Verhandlungen wegen der gewünschten Abänderungen eingeleitet. Doch diese Verhandlungen hatten ein endgültiges Ergebnis nicht. Um nun nicht die für die Entwicklung Lichtenbergs wichtige Angelegenheit auf unabsehbare Zeit zu verfrachten, hat der Lichtenberger Magistrat im Einvernehmen mit dem Zweiverbande einen neuen Bebauungsplan von einem nicht beamteten Architekten ausarbeiten lassen. Magistrat und Stadtverordnete haben jedoch beschlossen, sich die Entscheidung darüber, ob sie an dem alten Bebauungsplan des städtischen Bauamtes festhalten oder die Annahme des neuen Planes vorschlagen wollen, vorbehalten. Gegenwärtig wird an dem neuen Generalbebauungsplan eifrig gearbeitet.

Jahresabschluss der Teltower Kreisparlasse.

Nach dem jetzt vorliegenden Abschluß der Sparkasse des Kreises Teltow betragen die Spareinlagen am Ende des Jahres 1915 135 889 118 M. gegen 129 629 068 M. am Schlusse des Jahres 1914. Der Zuwachs beträgt somit 6 210 282 M. Die Zahl der Sparbeiträge am Jahresabschluss 221 640; da am Schlusse des Vorjahres nur 201 622 Sparbeiträge vorhanden waren, so ist ihre Zahl um 20 018 gestiegen.

Die Sparkasse der Stadt Wilmersdorf hatte im abgelaufenen Rechnungsjahre den seit Bestehen der Kasse größten Einlagenzuwachs zu verzeichnen. Der Einlagenbestand erhöhte sich um 2.192.480,76 Mark auf 19.141.016,04 M. Die Summe verteilt sich auf 82.580 Konten. Zu berücksichtigen ist, daß für Zwecke der Kriegsanleiherziehung rund 3.800.000 M. ausgezahlt worden sind. Der tatsächliche Einlagenzuwachs würde sich demgemäß auf rund 5.900.000 M. stellen.

Bevölkerungsvorgänge aus Wilmersdorf. Es wurden geboren in den Jahren 1914, 1915, 1916: 1568, 1211, 957 Personen; Eheschließungen fanden statt: 1107, 714, 801, davon Kriegstroumungen: 327, 419, 455; an Sterbefällen waren zu verzeichnen: 1121, 1801, 1627.

Gerichtszeitung.

Das Reichsgericht gegen „Kriegsgewinn“.

Das Landgericht Potsdam hat am 7. Oktober vorigen Jahres den Kaufmann Adolf Boldt jun. von der Anklage der übermäßigen Preissteigerung auf Grund des folgenden Sachverhalts freigesprochen. Im April 1916 kaufte der Angeklagte von einer Firma in Hamburg eine große Menge beschlagnahmter, freies rumänisches Gerstenmehl und verkaufte es in kleinen Mengen zu 1,30—1,24 M. für das Pfund. Am Doppelpentener verdiente er bei diesen Preisen 2440 M. Das Gericht bezeichnet diesen Gewinn als ziemlich erheblich, denn ein vernünftiger Sachverständiger hat erklärt, daß ein Gewinn von 10—12, höchstens 18 M. ausreichend sei. Ein anderer Sachverständiger, der Kommerzienrat D., hat sich aber dahin ausgesprochen, daß während des Krieges die Geschäftsumsätze sich wesentlich erhöht haben und daß auch das Risiko ein größeres geworden sei, so daß der vom Angeklagten erzielte Gewinn als ein übermäßiger nicht angesehen werden könne. Dieser Ansicht hat sich das Gericht angeschlossen, weshalb es auf Freisprechung erkannt hat. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde in der Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Das Reichsgericht hat nicht die Grundzüge der Freisprechung, die das Landgericht bezüglich der übermäßigen Preissteigerung aufgestellt habe. Danach seien vor allen Dingen diejenigen Gewinnfälle als normal anzusehen, die vor dem Kriege üblich waren, denn der Kaufmann solle nicht bei der Knappheit mancher Waren aus dem Vertrieb derselben einen übermäßigen Nutzen ziehen. Die Höhe des Friedensgewinnes habe das Landgericht nicht ausreichend berücksichtigt und weiter habe es sich gar nicht über die Marktlage ausgelassen. Warum das Gericht gerade dem Gutachten des zweiten Sachverständigen gefolgt ist, obwohl es die Darlegungen des ersten vernünftigen Sachverständigen anerkennend billigte, sei nicht ersichtlich. Für die Frage des übermäßigen Gewinnes komme ferner in Betracht, daß der Gewinn meist schon deshalb ein weit höherer als in Friedenszeiten wird, weil der Preis einer Ware jetzt oft viermal höher ist. Das Reichsgericht hob gemäß dem Antrage des Reichsanwaltes das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Wir sind froh, wenn wir Sie das sind! So äußerte sich der Schuhfabrikant Herrmann J. zu einer Verkäuferin D., die ihre Kündigung erhalten hatte und sich eine Stellung zum sofortigen Antritt suchen zu dürfen. Die Ehefrau sagte noch hinzu: „An Ihrer Tätigkeit liegt uns sehr wenig. Sie können jederzeit austreten“, will allerdings noch hinzugefügt haben, „müssen es und aber vorher sagen“. Als dann das mit 65 M. Monatsgehalt angestellte gewesene junge Mädchen eine besser bezahlte Stellung bei sofortigem Antritt fand und annahm, verlangte der Fabrikant vor dem Berliner Kaufmannsgericht 30 M. Schadenersatz. Nach seiner Auffassung hätte die Gehilfin erst noch einmal bei ihm vorbestätigt werden müssen, denn er habe ihr keine unbedingte, sondern nur eine bedingte Zulage gegeben. — Das Kaufmannsgericht erkannte den Anspruch nicht als zu Recht bestehend an. Nachdem der Beklagte erklärt hatte, daß er „froh sei, wenn er die Metzgerin los sei“, und daß ihm „an ihrer Tätigkeit sehr wenig liege“, könne er nicht hinterher sich durch ihren früheren Fortgang geschädigt fühlen.

Aus aller Welt.

Vermißte Bergtouristen.

Judith bis fünfzehn Personen, die eine Tour auf den Schneebegg unternahmen und in schlechtes Wetter gerieten, werden seit Sonntag vermißt. Unter ihnen befinden sich auch zwei Mitglieder des Wiener Arbeitervereins „Naturfreunde“, Viktor und Franz Norma.

Eine neue Neubaubrücke ist im Zentrum von Petersburg dem Verkehr übergeben worden. Sie ist etwa 280 Meter lang und 24 Meter breit. Ihre mittlere Bogen gewölbt geöffnet allen Schiffen Durchfahrt.

Der Herr Pfarrer im Schöngarten.

Der „Kön. Volkstz.“ erzählt ein im Westen stehender Pfarrer von dem Besuche seines Diözesanpfarrers in der vordersten Linie. Der Geistliche hielt sich gerade im Schöngarten auf, als die Franzosen eine gewaltige Sprengung losließen. Alles, was abdrücklich war, eilte natürlich in seinen „Heldenkeller“, und im Ru war der Graben leer. Der Herr Pfarrer aber fand sich in dem Labyrinth nicht zurecht und irte auf der Suche nach einer schützenden Behausung umher. Da rief ihm einer, der sich sicher geborgen hatte, aus der Tiefe zu:

„Der Pastor steht in Gottes Hand, Was braucht der einen Unterstand!“

Der Seelenhirt soll sich über das starke Gottvertrauen seines Schäfchens sehr freuen haben.

Humor im Parteileben. In der Friedenskundgebung der Konferenz der Parteiprozession ist dieser Satz enthalten: „Im Wettrüsten liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges“. Genosse Julius W. hat nun in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung veröffentlicht, worin er sagt, daß er diesen Satz für falsch halte. Das nähere mögen die „Vorwärts“-Leser in der Freitagsgangabe unseres Blattes (letzte Seite, zweite Spalte, unter Ziffer 6) selber nachlesen. Vielleicht ist dann einer von ihnen in der Lage, die folgende Frage zu beantworten, die uns eine Kenndlicher Genossin nach der Lektüre der Vorkundgebungen Thesen eingeklagt hat:

„Was ist die Wurzel des Kapitalismus? Oder ist der Kapitalismus selbst eine Wurzel? Aber dieses ist ja der Imperialismus, der, wie „Spartakus“ schreibt, die Hauptwurzel ist, was ich auch anerkenne. Ferner bitte ich, die Frage zu beantworten, ob der Kapitalismus, wenn er eine Wurzel ist, die Wurzel des Krieges oder die Wurzel des Vertrauens ist, oder ist vielleicht das Vertrauen die Wurzel des Krieges oder umgekehrt? Und was bleibt hier wieder die Hauptwurzel, der Imperialismus. Der Genosse Borchardt ist für mich nicht maßgebend. Der Genosse Borchardt sitzt in Väterleide und macht „Nachttrahlen“. In der letzten Zeit sah er auf dem „Leuchtturm“. Aber die vom „Vorwärts“ abgedruckte Erklärung ist kein Lichtstrahl, sondern macht die Sache immer dunkler.“

Nur keine Halbheiten!

Der deutsche Sprachverein hat beschlossen, daß auf der künftigen Friedenskonferenz nur in deutscher Sprache verhandelt werden darf. Dieser Beschluß ist eine klägliche Halbheit. Warum fordert

man nicht auch, daß das Friedensprotokoll mit Tinte aus Galläpfeln, die an deutschen Eichen gewachsen sind, auf ein Papier geschrieben werden muß, das aus deutschen Lumpen gewalkt ist? Selbstverständlich muß das Protokoll in deutschen Schriftzeichen geschrieben sein. Ist nur ein einziger Lateinbuchstabe darin, dann setzen wir den Krieg unweigerlich fort!

Sankt Bureaukratismus. Die Stadt Offenburg (Baden) schuldet einer großherzoglichen Landesanstalt den Betrag von einem Pfennig. Wegen dieses Betrages ist das Bezirksamt beauftragt worden, mit dem Bürgermeisterrat in Verbindung zu treten, was in einem umfangreichen Schreiben geschehen ist. Porto, Papier und Schreibgebühren dürften wegen dieses einen Pfennigs bereits eine ziemlich hohe Summe erreicht haben. Der Gedanke der Neuorientierung scheint noch nicht bis zu diesen Amtsstellen vorge drungen zu sein. Auch Papier und Arbeitskraft ist in dem geeigneten Maße reichlich vorhanden.

Erfundene Sensation. Die von einem Berliner Sensationsblatt gebrochene Nachricht von einem Selbstmordversuch Dr. Friedrich Adlers in der Gefangenzelle ist, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ feststellt, erfunden.

Parteiveranstaltungen.

Weißensee. Montag, 15. Januar, abends 8 Uhr, in den Domstille, Berlin, W. 211: Besprechung der Vorwärtsleiter. Referent: Genosse Bartels (Parteiorgan). Zu verweisen auf das der „Neuen Welt“ (Sonntag) beigelegte Zirkular.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Turnverein Schöneberg. Sonntag, den 13. Januar, Wanderung: Potsdam—Waldenort. Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Bahnhof Potsdam. — Die Turnabende der Schüler finden jetzt jeden Dienstag, abends 7 1/2—8 1/2 Uhr, Turnhalle Friedrichshagen statt. — Kämpfe. Sonntag, den 14. Januar: Besuch der Sternwarte zu Treptow. Umfassen 1 M. Treffpunkt pünktlich 2 Uhr auf dem Schloßplatz. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einmal, 2. IV. 1917, abends, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Umschlag und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

G. G. 100. 1. Die Note war in Nr. 1 d. Bl. vollständig abgedruckt. 2. Jurist nicht erlaubt. — G. G. 41. 1. Ist für absehbare Zeit nicht zu erwarten. 2. Ergibt sich von selbst, wenn Sie sich vor die Gebäudenfront stellen. — M. W. 33. 1. Deutsche Anglerzeitung, Krausenstr. 2. 2. Siehe Adressbuch 2. Band, Teil 4, S. 4. — B. G. 2. 1. d. Röhren, Lüderstr. 3. 2. Erlauben Sie das! — Frau S. 83. Berlin W 10, Gertrudenstr. 2. W. A. 8. 29. Die Note können Sie deshalb nicht einschicken. — Kämpfe 1. Kranheiten des Norddeutschen. — W. A. 66. Rein. — Stadt 24. 1. Eine Rückvergütung der Beiträge aus der Inwärtensversicherung der Arbeiterkassen erfolgt nicht. 2. Das ist in der Bekanntmachung des Generalkommandos des III. Armeekorps vom 20. Dezember 1916 des näheren enthalten. — G. G. 1. Das kommt auf die vereinbarte Kündigungspflicht im Mietvertrage an. Wahrscheinlich ist darin bestimmt, daß nach Ablauf des Vertrages eine halbjährliche Kündigung zulässig ist. Wenn nicht, so ist die Kündigung zum 1. April d. J. zulässig. —

Öfen 28. 1. Diese Kaufverträge können nach einer gerichtlichen Entscheidung, die im „Vorwärts“ vom 1. Dezember abgedruckt ist, von der genannten Kirchengemeinde nicht erhoben werden. Fordern Sie unter Hinweis auf diese Entscheidung den Betrag zurück. 2. Das richtet sich nach der Dienstzeit; wahrscheinlich sind in diesem Fall höhere Ansprüche nicht zu stellen. — B. G. 100. Sie hatten für die Note bis zum Ablauf Ihres Vertrages, also bis Oktober. — G. G. 17. Der Briefstempel beträgt 1 M. — G. G. 50. Es handelt sich doch sicher um die Abrechnung der Miete. Für den Betrag der Miete müssen 1000 Mark nachgewiesen werden. Nach Ihren Angaben müßte aber die Miete unbedingt ausreichen auf Zuschüsse zu haben, weshalb diese zu beantragen wäre. — B. G. 25. Eine Klage hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nachweisen können, daß der Verkäufer den Mangel der gekauften Sachen Ihnen arglistig verschwiegen hat. Zuständig für die Klage ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verkäufer seinen Wohnsitz hat. — B. G. 1000. Teilen Sie dies der Zeitschrift „Neu-Berlin“, Volkmr. 16, mit. — S. 22. Einen Anspruch werden Sie mit Erfolg nicht geltend machen können, da die Beurlaubung in Ihrem Falle verneint werden wird. — A. A. 100. Eine nachmalige Kullerung ist nicht ausgeschlossen. — A. M. 100. Ja, da die Arbeiterkassenbestimmungen während des Krieges außer Kraft gesetzt sind. — M. G. 16. Rücktritt eines Angestellten, sofern die Abrechnung auf dem anderen Wege mehr als die Hälfte der normalen beträgt: landwirtschaftlich. — B. G. 17. Das Gesetz ist an das Divisionskommando der 41. Division in Deutsch-Eslau zu richten. — B. G. 1. Bis Ende Januar. 2. Auch die Mieteunterstützung muß für Januar gezahlt werden. 3. Heveliden. 4. Für Mann müßte sich an das rote Kreuz, Karlshagenstr. 40, wenden. — B. W. 1059. Die Landesversicherungsanstalt kann dazu nicht verpflichtet werden. Die Stellung eines solchen Antrags ist, zumal Sie auch sehr wenig Karten gestellt haben, daher aussichtslos. — A. G. 100. Eine Klage auf Zahlung erscheint uns aussichtslos, da Sie den Beweis nicht durch Schuldschein erbringen können. — G. G. 56. Ja. Die Anwesenheit können Sie machen und um Herabsetzung der Steuer erlangen. Ein Urteil kann von Ihnen eingeholt werden. — R. A. 45. Geinge Abweichung der Wirtschaft; dienstlich. — R. A. 129 und C. 24, 24. Rein. — A. M. 100. Wenn die Befragte im Termin den Schuldschein von Ihnen vorlegen kann, kann sie ihre Forderung dagegen aufrechnen. Eine Abschrift des Schuldscheins können Sie verlangen. — C. S. 1. 1. Der Vater kann einen Antrag auf Aufwandsentschädigung bei der Gemeindebehörde stellen. Es müssen sechs Jahre aktive Dienstzeit für die Soldaten nachgewiesen werden. 2. Ja. — Frieden. 1. Ja. 2. Die Genehmigung muß vom Polizeikommando dazu eingeholt werden. 3. Bei einem Einkommen von mindestens 1500 Mark muß Gewerbesteuer gezahlt werden. — B. G. 16. Sie können aus Ihrer Anfrage nicht mehr erkennen; wahrscheinlich aber ist die Verantwortung in der Nummer vom Dienstag unter B. G. erfolgt. — G. G. 22. 1. a) Wir würden Ihnen empfehlen, sich von der Generalstaatskommission, Angelufer 14/15, Rat zu erbitten. b) Ja. c) Nein. 2. Wenn Sie durch den Namen bekannt sind, wird der Nachweis erbringen läßt, daß die Krantheit Ihres Mannes auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen ist, so hätten Sie Anspruch auf Witwenrente. — B. G. 88. Bis zu 26 Wochen. — G. G. 42. 1. Die Reichsleiter-Kommission nimmt Kinder auf für ihre unterste Klasse nach Berechtigung aus der Vorklasse oder nach Prüfung, für alle anderen Klassen auf Grund eines Zeugnisses oder gleichwertigen Urteils oder nach Prüfung. Das Ergebnis der Prüfung entscheidet darüber, in welche Klasse das Kind aufgenommen ist. 2. Das Schulgeld beträgt jährlich 110 M., die Kosten der Lehrmittel sind auf jährlich 20—30 M. zu veranschlagen. — Vermaan 20. Geben Sie uns Ihre Adresse an, um das Gemälde brieflich übermitteln zu können. — W. S. 100. Wenden Sie sich an den Vorstand der Schneider, Sebaltskirch, 67/68. — G. Fern. Gemeint ist wohl die „Zentralstelle für Völkerricht“ in Fern. Berliner Adresse: Charlottenburg, Kantstr. 159, Gartenhaus III. — Streiffrage 46. Läßt sich wegen innerwährendem Wechsel kurzzeit beim besten Willen nicht feststellen.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Vermiegend trübe, mit wellenbreitenden, meist geringen, nur im Nordwesten und Süden stärkeren Niederschlägen, hauptsächlich Schneefällen. Temperaturen um den Gefrierpunkt schwanfend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Artur Hellriegel
Händelberger Chaussee 1
am 9. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Heinrich Klein
Bilhelmstraße 119/120
am 9. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied der Metallarbeiter
Karl Starzneck
Pfälzerstraße 13
am 3. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Verband der Lithographen, Steindruckern u. verwandten Berufe
Unseren Mitgliedern machen wir hierdurch die traurige Mitteilung, daß der Kollege, Farbenmaler
Otto Ebert
nach kurzem, schwerem Leiden, am Mittwoch, den 10. Januar, im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenskirchhofes in der Vorjuchstraße aus statt.
Um recht zuge Betätigung ersucht
109/11 Die Verwaltung.

Am 10. d. M. verschied plötzlich infolge Herzlähmung unser lieber Freund und Kollege, der Korrektor
Anton Kownatzki
geb. 24. Februar 1849 in Königsberg i. Pr.
33 Jahre hat er unter uns gemittelt und sich durch seine offenen Wesen und seine freie Meinung allgemeiner Beachtung erfreut. Ein erhabenes Gedächtnis ist ihm gesichert allezeit!
Berlin, den 11. Januar 1917.
Die Kollegen der Norddeutschen Buchdrucker- und Verlagsanstalt.
Beerdigung: Sonntag, 14. Uhr, im Volkspark, Gnadenskirchhof, Juchstraße. 17415

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bäcker
Otto Steinhagen
von der Firma Bach- und Schlegelgeschäft, am 9. d. M. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenskirchhofes in Heindendorfer, Humboldtstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
71/2 Die Bezirksverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Niederbarnim.
Eine
Außerordentliche Ausschuß-Sitzung
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Niederbarnim findet am Sonntag, den 21. Januar 1917, vormittags 11 Uhr, im Kreisbau zu Berlin, Friedrichs-Ring 5—Ausschüßsitzungssaal — statt.
Tagesordnung:
Nachmalige Beschlußfassung über die Forderung der 35 47, 79, 93 und 111 der Kassenstatut.
Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung hierdurch eingeladen.
Berlin, den 9. Januar 1917.
Rahn, Amtsvorsteher, Vorsitzender.

Möbelfabrik Hoffmann.
Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. N.
Berlin, Kraustr. 52.
Am 18. Februar, vorm. 9 Uhr, im Geschäftslokal
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bilanz. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 104/19
Der Vorstand.
D. Fiegler. B. Panger.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadthausplatz
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle). Eitrige Entzündungen, Gicht, rheumatische, furchige Behandlung ohne Berufshörung. Blutunterstützung, Hochdruck, Leishämie. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen
Borwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung **Borwärts** Berlin S.W., Lindenstraße 3

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
Probieren Sie es selbst einmal. Bei Nichterfolg erstattung.
Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlhandlung
Königsberger Straße 26/27
Photograph. Ateliers
Hayn, Frankfurt, Allee 32
reg. Ringb., Frankl, Allee
Th. Wenzel, Allee 32
Schulz, u. Beschlusmüller
Petersburger Straße 48
H. Heinrich
Warenhäuser
Königsberger Platz 10
Alt-Straße 11, Fern-Lad. ab 5 1/2
Zahn-Atelier Wohlhoff
Neue Klempn. 34 (am Alexanderpl.)

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
Bei Nichterfolg erstattung.
Drogen, Farben
Beckendorfer
Fisch- u. Wurstw.
Goldschmanns Centr. Wicker-
Herr. Dam., Knab- u. Mädchen-Garder.
H. Hoffmann
Kolonialwaren
M. Saegebarth
W. Thoms
Mehlhandlung
L. E. Flak, Pankstr. 92.
Wiese & Co.

Lagerbier
Ersatz ist
Metus-Gold,
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Ersatz ist
Metus-Caramel
vollmundig, süßlich, nahrhaft und wohlschmeckend.
Beid. Getrnko sind ges. geschützt, werden unter Garantie weder trübe noch sauer.
Cider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat. Bieruntersetzter auf Wunsch grnt. Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin, Marillnstr. 21.
Fernspr. Königstadt 2940.

Arbeiter-Notiz-Kalender
1*9*1*7
Mit dem Fortschritt des vornehmsten Lebensalters geht die Gesundheit, verliert sich der Körper, zerbricht der Geist. Der Arbeiter hat ein Recht auf einen Kalender, der ihm die Kraft gibt, die Welt zu verstehen. Der Arbeiter hat ein Recht auf einen Kalender, der ihm die Kraft gibt, die Welt zu verstehen. Der Arbeiter hat ein Recht auf einen Kalender, der ihm die Kraft gibt, die Welt zu verstehen.
Preis gebunden 60 Pf.
Buchhandlung **Borwärts** Lindenstr. 3.

Pelzwaren
wegen Einberufung enorm billig.
Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.— an
Stunkfuchs . . . 50.—
imit. Alaskafuchs . . . 12.—
Marder . . . 60.—
Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.
Poczier, Kottbusser Dam 15.
Bitte genau Hausnumm zu besuch.

Kranz- u. Blumenspenden
schnell und billig.
56 Dahers
Zurstraße
Moabit 6194.